

# Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei  
in der Tschechoslowakischen Republik.

### Bezugs-Bedingungen

Bei Zustellung ins Haus oder  
bei Bezug durch die Post:  
monatlich . . . . . Ks 16.-  
vierteljährlich . . . . . 48.-  
halbjährlich . . . . . 96.-  
ganjshrlig . . . . . 192.-

Rückstellung von Manu-  
skripten erfolgt nur bei Ein-  
lieferung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme  
des Montags täglich 1929.

## Ständiger Ausschuss am 7. Oktober?

Prag, 1. Oktober. Wie das Abendblatt der „Nár. Listy“ erfährt, hat der Vorsitzende des Abgeordnetenhauses Malypetr, der zugleich auch Vorsitzender des Ständigen Ausschusses ist, den Ausschuss für Montag, den 7. ds. zu einer Sitzung einberufen. Es dürften mehrere Sitzungen stattfinden, da dem Ausschuss alle aktuellen Vorlagen, die vom Parlament unerledigt gelassen wurden, vorgelegt werden sollen. An erster Stelle stehe, da die vorläufige Regelung des Mieterschutzes und der Bauförderung, da das bisherige Provisorium mit Ende Oktober abläuft, sowie eine Vorlage über die Vinderung der durch die heurigen Elementar Katastrophen entstandenen Schäden. Ferner soll dem Ständigen Ausschuss auch ein monatliches Budgetprovisorium für den Monat Jänner 1930 vorgelegt werden.

Die „Nár. Pol.“ meldet hierzu, daß der Ständige Ausschuss auch das Gesetz über die Einführung der Goldwährung erledigen soll, da sonst die Tschechoslowakei von der Beteiligung an der jetzt in Gründung befindlichen Reparationsbank ausgeschlossen wäre.

## Kommunistische Stadträte in den Sklarek-Standal verwickelt.

Berlin, 1. Oktober. (Eigenbericht.) Im Sklarek-Standal werden jetzt eigenartige Vorgänge bekannt, bei denen die Kommunisten beteiligt sind. Es hat sich herausgestellt, daß der kommunistische Stadtrat Gachel den Vertrag mit den Brüdern Sklarek um fünf Jahre verlängert hat, ohne seine Fraktion vorher zu befragen. Der kommunistische Stadtrat Degener hat zugegeben, private und gesellschaftliche Verbindungen mit einem der Brüder Sklarek unterhalten zu haben.

## Wie die Rüstungsminister wählen.

### Der Mißerfolg der Genfer Abrüstungskommission.

Washington, 1. Oktober. (Reuter.) Der Untersuchungsausschuss des Senates begann gestern das Verhör mit Shearer. Dieser legte dar, wie er von den Reederei-Industriellen gewonnen wurde, damit er sich im November 1926 nach Washington begeben und in der Öffentlichkeit zugunsten der Vorlage über den Kreuzerbau arbeite, die im Kongress durch beraten wurde. Diese Industriellen seien von seiner Arbeit derart begeistert gewesen, daß sie ihm 7500 Dollar gaben und ihn aufforderten, für eine Entlohnung von 25.000 Dollar auch nach Genf zu gehen, wo die Konferenz für die Marine-Parität zwischen den Vereinigten Staaten und Großbritannien arbeiten sollte; falls dies nicht möglich gewesen wäre, sollte er auf die Zertrümmerung der Konferenz hinarbeiten.

Er erklärte, kein Mitglied der Delegation der Vereinigten Staaten habe den Wunsch gehabt, daß diese Konferenz mit einem Mißerfolg ende, und er selbst habe sich niemals für die Unterbrechung der Beratungen in Genf verantwortlich gefühlt. Seine Absicht sei nur gewesen, das Prinzip der Parität zur Geltung zu bringen, und um dieses Ziel zu erreichen, habe er alle seine geistigen Fähigkeiten in die Waagschale geworfen. Er gestand ein, daß er den damals in Genf weilenden amerikanischen Journalisten gewisse Daten über die Marine mitgeteilt habe, bestreitet aber, daß er in England ein Verbrechen begangen habe oder von einem englischen Gerichte verfolgt werde.

## England - Ausland. Ein Einvernehmen erzielt.

London, 1. Oktober. Wie „Star“ berichtet, hat nach einer mehr als fünfständigen Unterredung mit dem Sowjetbotschafter Dowgalewski der Staatssekretär des Äußern Henderson erklärt, daß ein Einvernehmen über das Vorgehen bei der Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen England und Sowjetrußland einschließlich auch der Ernennung von Botschaftern erfolgt sei. Die Regelung der bisher nicht erledigten Fragen werde später erfolgen.

## Krise der Reichsregierung?

### Begen der Arbeitslosenversicherung. — Die Volkspartei im Gold der Industriellen.

Berlin, 1. Oktober. (Eigenbericht.) Im Reichstag wurde auch heute den ganzen Tag über die endgültige Gestaltung der Arbeitslosenversicherung verhandelt. Zwischen Sozialdemokraten, Zentrum, Demokraten und bayerischer Volkspartei wurde schließlich eine Verständigung über den sozialen Teil der Vorlage gefunden. Sie erfüllte die Forderungen der Sozialdemokratie, wonach jeder allgemeine Abbau der Leistungen zu verhindern sei.

In den Nachmittagsstunden trat aber eine neue Verschärfung ein, da die Volksparteiler, die sich ganz als Beauftragte der Industriellenver-

bände fühlen, jede Beitragserhöhung, ohne die eine Sanierung der Versicherung nicht zu erreichen ist, nach wie vor rundweg ablehnten. Bis am späten Abend war noch nicht zu erkennen, wie die Entscheidung fallen würde.

Man muß annehmen, daß die deutsche Volkspartei auch in der Schlußabstimmung nicht nur gegen die Beitragserhöhung, sondern auch gegen die Vorlage überhaupt stimmen und damit einen Konflikt heraufbeschwören will, der mit der Sprengung der Reichsregierung enden dürfte.

## Das Arbeitslosenproblem auf dem englischen Parteitag.

London, 1. Oktober. (N.A.) Auf der Konferenz der Arbeiterpartei in Brighton hielt heute Minister Thomas eine Rede über die Arbeitslosigkeit. Er schilderte die großen Schwierigkeiten, die mit der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit verbunden sind, und legte eine Berechnung der Kosten vor, die diese Arbeit erfordere. Für eine Million Pfund (165 Millionen Kronen) an Staatsgeldern sei Arbeit für etwa 2000 Menschen direkt und für etwa 2000 Menschen indirekt beschafft worden. Auch die öffentlichen Arbeiten, die von den Gemeinden zur Vinderung der Arbeitslosigkeit unternommen würden, erforderten große Staatsunterstützungen. Bis das Parlament zusammentreten werde, werde es 6 Millionen Pfund als Unterstützung an Gewerkschaften zu bewilligen haben. Die Regierung habe das Straßenbauprogramm für fünf Jahre genehmigt, welche 10 Millionen Pfund in Anspruch nehmen werde, und außerdem handle es sich bereits um neue Straßenbauprogramme, die 28 Millionen Pfund Sterling erfordern werden. Weiter habe die Regierung Vertreter verschiedener Industriezweige zu einer Beratung über Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit aufgefordert. Auch das Auswandererwesen könnte der Arbeitslosigkeit entgegenarbeiten, doch habe Kanada vorläufig seine eigenen Arbeitslosenprobleme zu lösen. Die Entfaltung der Handelsbeziehungen mit Kanada könnte in dieser Richtung mehr Nutzen schaffen.

Zum Schluß der Debatte wurde von den Vertretern von 1.100.000 Stimmen gegen die Delegierten von 1.027.000 Stimmen eine Entschließung abgelehnt, die auf ein Fadesvotum der Parteikonferenz gegenüber dem Kabinett hinausgelaufen wäre.

## Kritik von links.

Gestern hatte der Kongress beschlossen, an MacDonald ein Telegramm zu senden, in dem ihm Erfolg zu seiner amerikanischen Mission gewünscht wird. Auf der Grundlage einer von der Unabhängigen Arbeiterpartei (I.W.P.) eingebrachten Resolution begann dann die eigentliche Aussprache. Die Entschließung verlangt Aufnahme der Unabhängigen-Forderung nach Familienzulage, d. h. nach einer sozialen Abstufung der Löhne, in das offizielle Programm der Arbeiterpartei. Die Entschließung ist nach den Worten des Vorsitzenden der I.W.P. Maxton von seinen engeren Freunden eingebracht worden, um die Stimmung des Kongresses gegenüber der Kritik der Unabhängigen an der Regierung zu heben. Die Diskussion, die sich in den Nachmittagsstunden gestaltete, schloß sich somit zu einer ersten Kraftprobe der sogenannten Clyde-Gruppe, der einzigen ernsthaften Opposition, mit der die Regierung auf dem Kongress zu rechnen haben wird. Immerhin drang die Unabhängige Arbeiterpartei mit ihrer Resolution nicht durch. Die Entschließung war jedoch kaum zurückgestellt, als bei der Aussprache über den Bericht der Exekutive die Opposition der Clyde-Gruppe sich wiederum leidenschaftlich bemerkbar machte. Diesmal war es die Frage der Arbeitslosenunterstützung, die den Sprecher der Linken Gelegenheit gab, die Arbeiterregierung zu beschuldigen, in der Verwaltung der Arbeitslosenversicherung keinerlei Änderung der reaktionären konservativen Praxis vorgenommen zu haben. Die Reden der unabhängigen Abgeordneten richteten sich im wesentlichen, wenn auch in verwickelter Form, gegen die Person des Arbeitsministers, Frau Margaret Bonfield, die nicht antworten konnte, da sie infolge eines schweren Automobilunfalles an der Konferenz nicht teilnehmen konnte.

Schwohl es auch in den nächsten Tagen noch zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen der Parteiführung, die heute praktisch mit der Arbeiterregierung identisch ist, und dem linken Flügel der Unabhängigen Partei kommen dürfte, so hat doch schon diese erste Sitzung deutlich erkennen lassen, daß die Mehrheit der Konferenz die Kritik von links als eine Erschwerung der Arbeiten der Regierung bedauert und entschlossen ist, alles zu vermeiden, was die Regierung in ihrer Aktionsfreiheit behindert.

## Frankreich befestigt seine Ostgrenze.

Paris, 1. Oktober. In Beantwortung des Interpellationsantrages des Abgeordneten Rollin über den Stand der Arbeiten zum Schutze gegen Angriffe an der französischen Nordgrenze hat Kriegsminister Painlevé an diesen Abgeordneten ein Schreiben gerichtet, welches das „Journal“ heute veröffentlicht. Painlevé kündigt darin an, daß das Verteidigungssystem, das beschlossen worden ist, folgende Maßnahmen enthält: 1. Bau von Straßen, Eisenbahnen, Kabeltelegraphenleitungen und die Lagerung von Material- und Artilleriemunitionsbeständen längs der Grenze. 2. Die eigentlichen Arbeiten zur Organisierung der Abwehr, d. h. die Ausrüstung der befestigten Plätze mit den modernsten Verteidigungsmitteln, so daß der erste Abschnitt, und zwar der besonders empfindliche, vor allem der Abschnitt der neuen französischen Grenze, verteidigt werden kann. Diese Arbeiten werden zur Zeit durchgeführt in der Gegend von Metz, längs der Lauter, längs der Vogesen, längs des elbischen Abschnittes des Rheins und der Alpen. Sie umfassen besonders die Verbesserung der noch bestehenden verwundbaren Festungswerke und namentlich die Anlage neuer Befestigungswerke und sollen unter Beschleunigung derjenigen, die schneller durchgeführt werden können, in ein bis fünf Jahren abgeschlossen sein. Die gesamten dafür erforderlichen Kredite, einschließlich der bereits bewilligten, werden sich auf zweieinhalb bis drei Milliarden belaufen.

## Nach russischem Muster.

### Sozialistendeportationen in der Türkei.

Stambul, 30. September. (Eig. Draht.) Die kürzlich in Smyrna wegen angeblicher Vorbereitung eines Staatsstreiches zu langjährigen Gefängnisstrafen verurteilten 25 türkischen Sozialisten sind inzwischen aus dem Gefängnis von Siverek weiter nach Osten transportiert und auf die Gefängnisse von Arfan, El Afis und Diarbekir verteilt worden. Diese drei Städte stehen, als im Bereich des kurdischen Unruhegebietes liegend, bereits seit mehreren Jahren unter Belagerungsstand und werden samt den umliegenden Landschaften mit Ausnahmegeboten regiert. Die Gefangenen sind durch den Abtransport in dieses Gebiet jeder Fühlung mit der Außenwelt entzogen und reiflos der Willkür der Militärbehörden ausgeliefert.

## Der Grenzrieg zwischen Bulgarien und Serbien beendet.

Pirot, 1. Oktober. (Nabala.) Gestern abends beendeten die jugoslawische und die bulgarische Delegation die definitive Redaktion des Uebereinkommens betreffs des beiderseits der Grenzen liegenden Besitztums und unterzeichneten das Uebereinkommen. Heute halten die Delegationen ihre letzte Sitzung ab, wobei die letzten Details besprochen und drei Abkommen unterzeichnet werden sollen, die getroffen worden waren.

## „Bürger — überlegt!“

„Die Wahlen sind eine ernste Mahnung um die Reinheit und Ehrlichkeit in der Politik.“

Die wenigsten Wähler werden sich darüber klar sein, warum sie plötzlich zur Wahlurne gerufen werden, um das Parlament zu erneuern. Soll es wirklich „erneuert“ und auf neue politische Grundlagen gestellt werden? War die bisherige Regierungsmehrheit bankrott? Ihre Wortführer haben dies bis zum letzten Augenblick feigeunet. Hat sie der widerliche Streit um eine Ministerstelle geopfert? Das wollen am wenigsten die deutschen Regierungsteilnehmer gelten lassen und sie stellen fest, daß die Koalitionsparteien nicht wegen eines Streites, sondern im gegenseitigen Einvernehmen Neuwahlen herbeiführen haben. Was und wo ist also die Wahlplattform der tschechisch-deutschen Bürgerparteien, die uns den Staat drei Jahre lang regiert haben? Wo die große staatspolitische Idee, die Idee, der Sinn dieses Wahlkampfes überhaupt. Wenn alles beim alten bleiben soll, wie versichert wird, wozu dann Neuwahlen? Soll ein neuer Kurs eingeschlagen werden — welcher soll es dann sein? Für welches Ziel, unter welcher Parole werden die Wähler zu kämpfen aufgerufen? Wie soll ihr es erfahren . . .

Wenn in anderen parlamentarisch regierten Ländern eine Legislaturperiode jah unterbrochen wird und vorzeitig endet, wie das bei uns jetzt geschehen ist, dann macht man kein Hehl daraus, daß dies den Abschluß einer Etappe in den innen- oder außenpolitischen Verhältnissen bedeutet. Oder aber die Wähler werden offen und ehrlich darüber befragt, ob sie eine Fortsetzung des bisherigen Ausfches wünschen. Ueber all dies hat man von den Parteien, die mit künstlich zur Schau getragener Stolz verkünden, daß sie es waren, die das Parlament zerfallen haben, noch kein Wort gehört und man wird auch während der folgenden Wahlwochen darüber nicht hören. Wahlen kosten Geld, viel Geld, nicht nur den politischen Parteien, sondern auch dem Staat. Eine öftere Unterbrechung der Kontinuität der Perioden der abgelebenden Körperschaften ist dem Ansehen des Staates im Auslande nicht gerade zuträglich, denn solche Unterbrechungen sind kein Symptom konsolidierter Verhältnisse. Das Land wird aufgewühlt, die politischen und nationalen Gegensätze verschärft. Hoff und Leidenschaften ausgefät. Das sind nicht etwa unsere Argumente gegen vorzeitige Neuwahlen, sondern jene der tschechischen und deutschen Bürgerblockparteien, die sie uns regelmäßig entgegenhielten, so oft wir eine Neubefragung der Wähler forderten. Alle diese um den Staat und die staatlichen Mittel so besorgt klingenden Argumente sind jetzt vergessen. Die patriotischen Bürgerparteien sind nicht vor dem Bedenken zurückgeschreckt, daß durch Neuwahlen dem Staat „wackelose“ Millionenausgaben erwachsen. Sie sehen die Millionen Wähler und Wählerinnen in Bewegung, aber noch keiner von ihnen hat es unternommen, die rechtfertigende staatspolitische Idee, die den Wahlen nach ihrer eigenen Auffassung zugrunde liegen müßte, zu nennen.

Zur rechten Zeit kommt da das Wort des Präsidenten Masaryk, das als Motto diesen Zeilen vorangeht: eine „Mahnung zur Reinheit und Ehrlichkeit in der Politik“ sollen diese Wahlen sein. In den wenigen Worten, die der Präsident in seiner Ansprache aus Anlaß der Benzelsfeier über die bevorstehenden Wahlen gesprochen hat, ist kurz alles zusammengefaßt, was den Sinn und die Aufgabe dieser Wahlen ausmacht und was die bürgerlichen Parteien nicht nur zu verschleiern, sondern ins Gegenteil zu verkehren suchen. Wenn der Präsident hervorhob, wir wählen uns dessen bewußt, daß das Schicksal des Staates in der Republik und in der Demokratie in den Händen jedes einzelnen von uns ist und daß wir also zur Wahlurne gehen müssen gewissenhaft, aus freiem Willen und dem Bewußtsein der Verantwortlichkeit

### Samstag Urteil im Tula-Prozess.

Preßburg, 1. Oktober. Im Tula-Prozess hielten heute noch die Angeklagten S n a c z l y und M a c h Verteidigungsvorlesungen. Der Vorsitzende Dr. T e r e b s z y teilte hierauf mit, daß sich das Gericht zur Beratung zurückziehen werde, die mehrere Tage in Anspruch nehmen dürfte. Er ersuchte die Prozessparteien, sich Samstag, den 5. Oktober, wiederum beim Gericht einzufinden, an welchem Tage um 9 Uhr früh das Urteil verkündet werden wird.

des Bürgers, so wird dies den Bürgerblockparteien nicht angenehm in den Ohren klingen, da ihre Hauptpekulation sich auf die Gebantenlosigkeit und politische Unwissenheit gewisser Wählerkreise gründet, diesmal in noch frivolerer und dreisterer Weise als jemals vordem.

Reinheit und Ehrlichkeit in der Politik, man wird sie bei den bürgerlichen Parteien in diesem Wahlkampf noch weniger zu sehen bekommen, als früher, denn was sie in dreijähriger Regierungstätigkeit am Volke verübt haben und was sie im Schilde führen, verträgt nicht das helle Licht des Tages. Mit raffinierten und dabei doch armseligen Wählügen werden sie den Wählern aufwarten, sie mehr als je zu betören suchen. In der offenen Arena werden sie Gladiatorenkämpfe aufführen, um sich gegenseitig ein oder das andere Mandat abzujagen, aber ist erst einmal die Wahl vorüber, dann wollen sie, dazu sind sie schon jetzt entschlossen, sich alles gegenseitig vergebens, was sie sich in dem aufzuführenden Schauspiel der Wahlen zufügen werden, um sich in neugestimmter Seelenharmonie, solange als es nur hält, wieder zusammenzufinden und gegen das arbeitende Volk zu Ruh und Frommen der andern zu regieren. Das ist der eigentliche Sinn und Zweck der Wahlen: vielleicht sind die Massen der Wähler über das wahre Wesen der Bürgerkoalition, über die Verderblichkeit und Schändlichkeit ihrer Taten noch nicht völlig im klaren, vielleicht ist jetzt, was später nicht mehr möglich wäre, der Bürgerblock noch zu retten. Vielleicht lassen sich bei den Verlusten, die manche der Regierungsparteien unweifelhaft erleiden werden, aus irgendwelchen entlegenen Ecken und Enden der Republik doch noch ein paar neue Mandate zusammenkratzen, die eine Neuauflage der bisherigen Bürgerkoalition ermöglichen. Es ist ein letzter, verzweifelter Versuch, der mit diesen Wahlen unternommen wird. Die Wähler werden nicht aufgerufen, um einer großen staatspolitischen Idee ihre Zustimmung zu geben, sondern sie sollen hinteres Nicht geführt werden, damit mit den ihnen entlockten Stimmen die Bürgerkoalition wieder aufgerichtet werde. Die Kürze des Wahlkampfes, von der die Regierungsparteien erhoffen, daß sie die gründliche Aufklärung der Wählermassen hindern werde, soll diesen Plan fördern.

Er wird dennoch scheitern. Es ist das Schicksal dieses Staates, daß er von Koalitionen regiert werde. Das hat seine schlechten und seine guten Seiten, jedenfalls ist es angesichts der herrschenden Parteienzersplitterung nicht zu ändern. Auch nach diesen Wahlen wird an die Bildung einer aus verschiedenen Parteien zusammengesetzten Ko-

alitionregierung geschritten werden — die gegenwärtige wird es jedenfalls nicht mehr sein. Ein so brutales, volksfeindliches Klassenregime der Exponenten der bestehenden Klassen wird und darf nicht wieder erstehen und je stärker sich die arbeitenden Menschen in diesem Staate bewußt werden, um was es geht und was für sie auf dem Spiele steht, desto bessere

und gründlichere Aufräumungsarbeit wird an dem zurückgebliebenen Bürgerblockgerümpel geleistet werden. Es ist darum ein im höchsten Sinne zeitgemäßes und beachtenswertes Wort, das der Präsident am Benzelstage gesprochen hat:

„Bürger, überlegt es Euch gut, wen Ihr wählt!“

## Die Textilarbeiter tagen.

### Dritter Verhandlungstag.

Reichenberg, 30. September. Der dritte Verhandlungstag wurde mit einem Referat des Genossen Schorsch-Desterreich über Wirtschaft und Gewerkschaften eröffnet.

Einfleitend sprach der Redner über die Verhältnisse am Anfang des Krieges und wandte sich dann den Fragen der Rationalisierung zu, die eine Erhöhung der Profitrate und eine Verminderung des Kostenaufwandes bedeutet. Die eintönige Arbeit zermürbt den Menschen. Die Löhne in rationalisierten Betrieben sind oft um 25 bis 30 Prozent, die Erzeugnisquote aber um 100 bis 200 Prozent gestiegen. Bei den Stahlgewerken ist die Kopfleistung eines Arbeiters auf das Dreifache gestiegen. Wenn bei einem rationalisierten Betrieb Arbeit vorhanden ist, so werden Arbeiter aufgenommen und wenn keine Aufträge mehr einlaufen, sofort wieder entlassen. Auf Vorrat wird nicht mehr gearbeitet. Dabei werden gerade die alten Arbeiter aus den Betrieben entfernt. Eine geordnete Wirtschaft möchte sich nicht nur um die Steigerung der Produktion, sondern auch um die Steigerung des Bedarfs kümmern. Der Anteil Europas am Weltmarkt betrug vor dem Kriege 64,2 Prozent, im Jahre 1923 aber nur 51,9 Prozent. Jedes Land und jeder Erbeil hat sich darauf eingerichtet, alles selbst zu erzeugen. Durch die Rationalisierung werden viele Menschen aus dem Produktionsprozeß und dadurch auch aus der Konsumtion ausgeschlossen. Redner führt noch einige Beispiele von rationalisierten Betrieben an. Die Rationalisierung bringt eine Erhöhung der Arbeitslosen mit sich. Die Unternehmer meinen, daß die Rationalisierung die Waren verbilligt und dadurch den Konsum vergrößert, aber das ist nicht wahr. Die Rationalisierung ist ein Mittel, um sich zu bereichern, nicht ein Mittel, um die Waren billiger zu machen. Statt, daß man die Menschen, die ohne Schuld aus den Betrieben entlassen werden, unterstützt, wollen die Unternehmer die sozialpolitischen Einrichtungen abbauen. Wenn ihnen das nicht gelingt, so sucht man Mittel, um die Kraft der gewerkschaftlichen Organisation zu brechen. So ein Mittel ist die österreichische Heimwehr. Wenn die Rationalisierung nicht als ein Mittel betrieben wird, wodurch die Arbeiter zu Sklaven gemacht werden sollen, müßte man des kostbarsten Gutes der Wirtschaft, des Arbeitsmenschen gedenken. Sonst kann es zu einer Katastrophe kommen.

In der Debatte kamen zum Worte: R o m b o l z - A l s h, R o s s o w s k y - J ä g e r n d o r f, M a i e r - R e i c h e n b e r g, S ö h m - R u m b u r g und Z i m m e r - R e i c h e n b e r g. Als letzter Debatteredner sprach in der Nachmittagsitzung Genosse W i l m a n n - F r e u d e n t h a l.

Sodann erstattete Genosse W o l f den Bericht der Mandatsprüfungskommission, aus dem hervorgeht, daß 132 Delegierte und 18 Gäste an der Tagung teilnahmen.

Zum nächsten Punkt der Tagesordnung

„Der Schutz der schwangeren Frauen und Mädchen“ ergriff

### Genosse Roscher

das Wort. Es handelt sich um die Lösung der Frage, wie schützen wir unsere schwangeren Kolleginnen. Der Schutz der schwangeren Frau und Mädchen soll in unseren sozialpolitischen Forderungen eingefügt werden. Die Textilindustrie beschäftigt fast zwei Drittel Frauen. Unter der weiblichen Arbeiterschaft gibt es wiederum zwei Drittel Ledige und ein Drittel verheiratete Frauen. Die arbeitenden Frauen sind nicht nur Arbeiterinnen, sie haben auch häusliche Sorgen, sie sind Mütter und Erziehenden der Kinder. Jede Verlängerung der Arbeitszeit bedeutet für sie eine Vermehrung ihrer großen Arbeitspflichten.

Durch die schwere Erwerbsarbeit der schwangeren Frauen wird die Gesundheit der Mutter und des Kindes schwer bedroht.

Sie ist ein Verstoß gegen die Sittlichkeit, gegen die Kultur, gegen die Humanität und gegen die Bevölkerungspolitik. Die schwangere Frau ist gegen äußere Einwirkungen sehr empfindlich. Jede körperliche Anstrengung kann ihr unermesslichen Schaden zufügen und auch das Kind schwer schädigen. Der Schutz für Mütter und Kinder ist die Voraussetzung für ein glückliches Familienleben des Arbeiters. Oft sind es langwierige schwere Erkrankungen, die den Körper der Mutter mit frühem Siechtum beschweren. Wir müssen unsere Mütter schützen, wir müssen sie von der Erwerbsarbeit befreien.

Es ist nicht leicht, in das Seelenleben der schwangeren Frauen einzubringen, weil sie sehr verschlossen sind. In den Betrieben wird sie oft mißseidlos verhöhnt und behandelt.

Die Arbeit in der Textilindustrie erfordert große Aufmerksamkeit und Nervenanspannung. Aus der Art der Arbeit schon ergibt sich, daß sich die schwangeren Frauen bücken und strecken und dehnen müssen. Es ist nicht zuviel gesagt, wenn wir behaupten, daß der Leib der schwangeren Frau gestochen, gedrückt und gepreßt wird. In den letzten drei Monaten soll die Erwerbsarbeit verboten werden. Für die Zeit, da die schwangere Frau nicht arbeiten kann, soll ihr voller Lohn gezahlt werden; nur dann besteht die Möglichkeit, daß sie ihren Geist und Körper schützen kann. Die Kollegen und Kolleginnen sollen die schwangeren Frauen würdig und rücksichtsvoll behandeln.

Es ist oft schändlich, wie die Frauen ihre Kinder zur Welt bringen müssen.

Genosse Roscher führt einen Fall an, bei dem eine Frau in einem Abort eines Textilbetriebes in Bohmisch-Tepla ertrinken mußte. Wegen der Art, wie Mütter gebären müssen, müssen wir den schärfsten Protest erheben.

Genosse Roscher schließt mit folgenden Worten: „Es wird unsere Aufgabe sein, daß wir die Herzen und Hirne unserer Arbeiter in den Dienst dieser hohen Aufgabe stellen. Wir wollen

die schwangeren Frauen und Mütter von ihrem Leid befreien, den Kindern und Müttern entsprechenden Schutz gewinnen. Es sind hohe Forderungen, die wir uns gestellt haben, unsere ganze Kraft wollen wir ihnen widmen. (Lebhafte Beifall.)

Die Debatte, in der eine große Anzahl Rednerinnen und Redner sprachen, gestaltete sich zu einer ernst und würdigen Kundgebung für den Schutz der Mutter und Kinder. Es sprachen die Genossinnen Bertha Schaffer-Freudenthal, U l b e r - R e i c h e n b e r g, Marie Reumann-Reichenberg, G o t t s t e i n - A r n a u, Genosse V e r n a s c h e - L e p l i t z, die Genossin B r a b e c - R e i c h e n b e r g, der Genosse J o s e f S ä r i n g - G r a s l i t z und der Genosse D r o b o - h l a b - R e i c h e n b e r g.

Morgen werden die Verhandlungen über diesen Punkt der Tagesordnung fortgesetzt und beendet werden. Dann folgt die Beratung und Beschlußfassung über die dem Unionstag vorliegenden Anträge. Zum Schluß werden allgemeine Verbandsangelegenheiten erledigt werden.

### Die Schlußverhandlung.

Reichenberg, 1. Oktober. (Eigenbericht.) Als erste Rednerin am Dienstag sprach die Genossin R i w i e r a über den Schutz der schwangeren Frau in Deutschland. Sie führte auch sehr interessante Daten über die Untersuchungen, die in Deutschland angestellt wurden, aus.

Nach einem kurzen Schlußwort des Genossen R o s c h e r wurde die Entschließung über den Schutz der schwangeren Frau unter lebhaftem Beifall des Kongresses einstimmig angenommen.

Als nächster Punkt der Tagesordnung wurde über die zahlreich dem Unionstag vorliegenden Anträge beraten und abgestimmt. In der Arbeitslosenunterstützung wurde eine neue Höchstklasse eingeführt, die jene Mitglieder in Anspruch nehmen können, die mehr als 52 Wochenbeiträge geleistet haben. Auch die Entbindungsunterstützung wurde neu geregelt. Ein Antrag, der die Schaffung von Jugendsektionen im Bereiche der Union der Textilarbeiter fordert, wurde ebenso angenommen wie der Antrag auf Herausgabe einer gewerkschaftlichen Frauenzeitung. Drei Anträge verlangen die endliche Abänderung des schändlichen § 82 der Gewerbeordnung. Es wurde auch das Beitragswesen neu geregelt.

Der Vertreter der Textilarbeiterinternationale, Genosse T r u c h w i t z, dankte in herzlichen Worten im Namen aller Gäste für die freundliche Aufnahme. Die Genossin U l b e r sprach unter lebhaftem Beifall dem Genossen Roscher für seine jahrelange aufopferungsvolle Tätigkeit als Verbandsobmann den Dank aus. Genosse Roscher sagte in seiner Erwiderung, daß der Dank nicht ihm allein gebühre, sondern daß er auch allen Beamten, Sekretären und Vertrauenspersonen zukomme.

Darauf erstattete Genosse W o l f den Bericht über die Arbeit der Wahlkommission. Alle Anträge wurden einstimmig angenommen und besonders der Genosse R o s c h e r wurde unter stürmischem Beifall zum Verbandsobmann gewählt.

Damit war die Tagesordnung des Kongresses erschöpft. Genosse R o s c h e r führte in seinem Schlußwort aus: „Wir haben an diesem Verbandstag eine sehr umfangreiche Tagesordnung erledigt. Wir haben einige äußerst wichtige Fragen besprochen. Aber wir wissen, daß die Tagung nur dann von Nutzen gewesen sein wird, wenn wir draußen alles das in die Praxis umsetzen werden, was hier gesagt

## Ein brasilianisches Mietshaus.

Roman von Anizio Nzedo. 30

Endlich erschien er und fragte ungeduldig: „Was zum Teufel ist denn los?“

„Ich bin gekommen, um Ihnen dies Mädchen zu bringen; Ihr junger Mann soll nun für sie sorgen.“

Joao Romao blickte verständnislos von der schluchzenden Florinda zu der rasenden Marcianna.

„Was sagen Sie? — Was soll denn das alles heißen?“

„Es war Domingos!“ erwiderten viele Stimmen.

Jetzt ging ihm ein Licht auf, und der Chef rief gebieterisch: „Domingos!“

„Natürlich, Herr“, rief der junge Mann schuldbehaftet.

„Komm hierher.“

Der Schuldige schlich sich totbleich näher.

„Was hast du diesem Mädchen hier getan?“

„Nichts — nein, Herr; ich hab' ihr nichts getan.“

„Doch hat er“, jammerte Florinda und fügte Einzelheiten hinzu.

Diese Mitteilungen riefen allgemeines Geschrei hervor.

„Also läuft einer meiner Angestellten herum und verführt die Mädchen aus der Nachbarschaft“, sagte der Budler und schüttelte streng den Kopf. „Du hast A gesagt, also muß du auch B sagen; und da ich Angestellter, die eine Familie auf dem Buckel haben, nicht brauchen kann, sieh dich lieber nach einer anderen Stelle um.“

Domingos war viel zu zerschmettert, um zu antworten. Er machte sich schweigend aus dem Staube.

Daraufhin versammelten sich die Wasch-

frauen und die Ladenkunden zu zweien und dreien draußen vor der Tür, auf dem Hof und auf der Straße, um über die Sache zu sprechen; Domingos hatte natürlich fernde, aber auch ein paar Verteidiger, und allerhand Prophezeiungen über den mutmaßlichen Ausgang der Geschichte wurden laut.

Inzwischen ging Marcianna, ohne ihren Griff um Florindas Arm zu lockern, nach dem hinteren Teil des Gebäudes, um Domingos zu suchen, der seinerseits angefangen hatte, seine paar Sachen zu packen.

„Na“, fragte sie, „was wirst du tun?“

Darauf erwiderte er nichts.

„Wirft du wohl sprechen, du Hundsfott!“

„Ach, halt den Mund“, murmelte der junge Mann, noch immer rot vor Scham und Ärger.

„Hier gibt's kein Halt den Mund!“ rief die alte Waschfrau wütend. „Wart' nur ein bißchen mit deiner Baderei, du wirst sie heiraten, sie ist minderjährig.“

„n Dred werde ich sie heiraten!“

„Du weißt nicht? Na, wir werden ja sehen.“

Und die empörte Mutter stürzte zum Laden zurück.

Der Fuchskopf sagt, er heiratet sie nicht.“

Diese Nachricht wirkte auf die Waschfrauen wie ein Kriegsruß; sie drängten sich alle zur Tür und stammten vor Empörung.

„Er heiratet sie nicht? Was soll das heißen? Versucht er, uns zum Narren zu halten? Wenn er diesmal so fortkommt, kann keine Mutter mehr die Tugend ihres Kindes schützen. — Wenn er sie nicht heiraten wollte, warum hat er's denn dann getan? — Dieser junge Salunke versucht hier neue Sitten einzuführen. — Sagt ihm, es gibt entweder eine Hochzeit oder ein Begräbnis, und ganz egal was, er wird jedenfalls der Hauptbeteiligte sein.“ Und andere Äußerungen ähnlicher Art.

Am lautesten forderte Madona Vergeltung, während Dona Isabel das geschehene Unrecht am

tieffsten beklagte. Die erstere setzte sich vors Tor, um den Schurken beim ersten Fuchtwort zu packen.

Ihrem Beispiel folgend, verteilten sich die anderen sofort vor den verschiedenen Türen und Fenstern, aus denen er möglicherweise hätte fliehen können. Selbst an der Mauer vor Rirandas Haus wurde eine Wache aufgestellt. Ueber dem Stimmengewirr konnte man wild-wütige Nachdrohungen vernehmen.

„Das Doras, paß auf; er könnte an dir vorbei über die Mauer springen!“

„Oh, Sie, Herr Joao, wenn Ihr junger Mann nicht heiraten will, dann schicken Sie ihn lieber fort. Wir haben noch mehr Mädels, die ihm gefallen könnten.“

„Aber wo steckt denn der Hund eigentlich?“

„Es heißt, er packt seine Sachen.“

„Er soll nicht entweichen — laßt ihn nicht hinaus.“

„Hat jemand die Polizei benachrichtigt?“

„Das stimmt, wo mag nur Alexandre sein?“

Und noch viel mehr, das in der allgemeinen Verwirrung überhört wurde. Angesichts dieser Aufregung ging Romao zu Domingos, um mit ihm zu sprechen.

„Geh jetzt noch nicht“, befahl er. „Bleib vorläufig hier. Nach einem Weilchen werde ich wiederkommen und dir sagen, was du zu tun hast.“

Dann lief er zur Tür, die auf den Hof führte, und rief:

„Hört jetzt auf mit dem Rabau — das kann ich nicht mehr dulden. Ihr habt schon Lärm genug gemacht.“

„Also wird Ihr Domingos sie heiraten?“

brüllten die Frauen zurück. „Warum schicken Sie ihn nicht hinaus? Warum beschützen Sie ihn denn?“

Und die alte Marcianna, die natürlich eine der Wortführerinnen war, hielt sogar ihre Faust drohend vor das Gesicht des Wirts. Romao

schwor, wenn sie sich weiter so benähme, würde er sie sofort aus dem Haus jagen; und den anderen rief er zu:

„Los, los jetzt, wir wollen doch mit dem Rabau aufhören und wieder alle an unsere Arbeit gehen. Ich habe keine Zeit mehr zu veräumen und ihr doch wohl auch nicht.“

„Dann schicken Sie uns den Rest“, beharrte die alte Marcianna.

„Ja, wir wollen Domingos“, schrie der Chor; „wir wollen ihm eine Lektion erteilen.“

„Der Junge wird sie heiraten“, verkündete der Barbier. „Ich habe ihm bereits gesagt, daß er entweder das tun oder ihr einen angemessenen Schadenersatz als Mitgift zahlen muß. Also hört auf, euch um die Sache aufzuregen. Ich bürgere für eins von den beiden: für die Hochzeit oder das Geld.“

Das wirkte beruhigend auf die Menge. Die Waschfrauen verließen den Kriegsschauplatz und nahmen nacheinander die unterbrochene Arbeit wieder auf. Joao Romao rief Domingos beiseite und rief ihm, nicht länger als bis zum Anbruch der Dunkelheit im Hause zu bleiben.

„Und laß dir das eine Lehre sein“, fügte er hinzu. „Sieh zu, ob du nicht auf einer neuen Stelle ein neues Leben anfangen und solche Irrtümer vermeiden kannst. Ich werde dich gehen lassen, ohne daß dich die Polizei holt — und sagen wir, wir zwei sind quitt.“

„Quitt? Was soll das heißen, wollen Sie nicht mit mir abrechnen?“

„Abrechnen“, sagte der Chef und schüttelte traurig den Kopf. „Mein Junge, was ich dir schulde, wird nicht reichen für die Summe, die du dem Wadel zahlen mußt.“

„Aber muß ich ihr denn überhaupt was zahlen?“

(Fortsetzung folgt.)

wurde. Es muß die Aufgabe aller sein, in den nächsten Wochen der Mitgliedschaft über den Unionstag zu berichten. In wenigen Stunden werden die Eisenbahnzüge die Genossen in ihre Heimat führen und damit beginnt eigentlich erst die große Aufgabe. Dieser Unionstag war der beste, geistig der höchststehende, ohne daß wir uns der vorübergehenden Schänen müssen. Wir wollen hoffen, daß der Verbandstag gute Früchte tragen wird. Schließlich danke Genosse Roscher allen für ihre Teilnahme.

Mit dem Liede der Arbeit wurde die prächtig verlaufene Tagung um halb 12 Uhr mittags geschlossen.

**Stenzl steht vor der Verantwortung.**

Auf dem Reichsparteitag der Deutschen Gewerkschaften in Troppau erklärte der Abgeordnete Stenzl

„obwohl keine Partei eine ausgesprochene Regierungspartei sei, habe sie doch oft die Mehrheitsparteien unterstützt...“

Was man da hört, muß den Naiven, wie den Kenner überraschen. Den einen, weil er zum erstenmal hört, daß die Gewerkschaft keine ausgesprochene Regierungspartei sei, den Kenner, weil er eine so starke Dosis Frechheit höchstens von den Amerikanern, nicht aber von einem biederen Gewerksmann im Vollbart erwartet hätte. Die Gewerkschaft ist keine „ausgesprochene Regierungspartei“. Da schau her! Was ist also eine ausgesprochene Regierungspartei im Sinne des Herrn Stenzl? Nur die Partei, die einen Minister hat? Daß ihn die Stenzl-Partei nicht hat, dankt sie nur ihrer jahrelangen Bedeutungslosigkeit. Wenn auf 15 Abgeordnete ein Minister kommt, kann eine Partei mit drei Mandatären eben keinen Minister stellen. Dafür war ja der Rajman gewerkschaftlicher Minister und die deutsche Gewerkschaft stellte der tschechischen eben die fehlenden Siege zur Verfügung. Aber eine Regierungspartei ist doch wohl jede, die in der Dsmička Sitzung und Stimme hat, die Koalitionsprogramme mit berät und beschließt und durch Disziplin gebunden für die Koalitionsparteien stimmt.

Die Gewerkschaft hat die Regierungsparteien nicht nur „oft unterstützt“, sondern immer unterstützt und hätte sie es nur einmal nicht getan, so wäre die Dsmička um die vollbärtige Erscheinung des Herrn Stenzl verringert worden. Nein, Herr Stenzl, so entgegen Sie nicht der Verantwortung, der Gefährliche Mayr-Hartings und Spinus gewesen zu sein! Sie waren ein ausgesprochenes Mitglied der Dsmička, also der obersten Koalitions- und Regierungsinflanz. Ihr Wort galt mehr als Ministerwort, und die Gewerkschaft war drei Jahre lang eine ausgesprochene Regierungspartei. Daß ihr das jetzt vor den Wahlen unangenehm ist, glauben wir. Aber so einfach wird sie es nicht weglügen können.

**Bürgerblut, Staatsangestellte und Lehrer.**

Das eine kann wohl gleich vorausgeschickt werden: Die Staatsangestellten und Lehrer brauchen den scheidenden Koalitionsparteien keine Dankesbesuche abzustatten und sich nicht den Kopf darüber zu zerbrechen, ob sie ihnen bei der Neuwahl die Stimmen geben sollen.

Die Regierung hat mit einer Fälschung das wirtschaftliche Elend der Staatsangestellten und Lehrer totgeschwiegen, daß es geradezu empören mußte. Auch die Rotschreie der Ruheständler wurden überhört, — man ging zur Tagesordnung über. Den Richtern wurde etwas versprochen, weil man damit letzten Endes die Einheit der Staatsangestellten und Lehrerverbände zu zertrümmern hoffte. Die Staatsbeamten wurden vor dem Kriege mindestens so bezahlt, daß sie keine materiellen Sorgen haben brauchten. Gegenwärtig mußte aber ihr Gehalt um 40 Prozent aufgebessert werden, wenn zwischen Lebenshaltungskosten und Gehalt das gleiche Verhältnis hergestellt werden sollte. Die Lebenshaltungskosten haben den zehnfachen Stand vom Jahre 1914, die Gehälter dagegen nur die fache Höhe, bei Ruheständlern kaum die fache.

Eine Aufbesserung der Gehälter wurde mit der Begründung abgelehnt, daß eine solche Erhöhung eine zu ungünstige Rückwirkung auf die Wirtschaftsverhältnisse haben würde. Die Einführung der Steuererhöhung auf das 14fache der Steuerlast von 1913 zog man aber nicht in Betracht. Daß damit letzten Endes der Konsument getroffen wird, das sieht die Regierungsparteien wenig an, denn die Agrarier gehören zu den Produzenten.

Daß von einer schwarz-grünen Koalition nicht die Lösung großer kultureller Fragen erwartet werden konnte, war vorauszusagen. Daß aber in dieser Hinsicht rein gar nichts geleistet wurde, muß überraschen. Die letzten Unterrichtsminister haben sich lediglich damit begnügt, nach außenhin großartige Programme aufzustellen, Entwürfe einzubringen, die die Besetzungswürde aber zu begraben. Die Schule blieb in den letzten dreieinhalb Jahren das letzte Stiefkind. Die Christlichsozialen konnten die Befestigung der fortschrittlichen Sabermann-Erlasse nicht erreichen und andere Interessen hatten sie an der Schule nicht.

Was haben die „besiegten“ Nachkriegsstaaten im letzten Jahrzehnt nicht alles für die Schule geopfert. Die Schulreformen in Desterreich und Deutschland haben die Aufmerksamkeit der ganzen Welt erregt. Die Tschechoslowakei ist ganz hinten geblieben. Dafür bezahlt sie aber ihre Lehrer so schlecht, wie es nur noch in Polen der Fall ist.

**Durch Faschismus zur Selbstverwaltung?**

Der Nationalsozialismus entdeckt eine neue „geschichtliche Aufgabe“.

Der Wahlausruf der Nationalsozialisten ist in mannigfacher Hinsicht interessant — sowohl durch das, was er in den Vordergrund stellt, als auch durch das, was er verschweigt. Er redet nur sehr flüchtig von den Verbrechen der Bürgerblockparteien und vergißt, ein Wort über den Militarismus zu sagen. Ob die Faschisten hier wirklich den Militarismus vergessen haben, weil ihr antimilitaristisches Feiertagsgewand ja ohne Zweifel eine der lästlichsten Masken ist, die sie tragen, oder ob sie grundsätzlich nichts gegen den Militarismus sagen wollen, sei dahingestellt. Nimmlich klar ist es, warum sie über den Mieterschutz kein Wort verlieren, so als ob nicht der Kampf um Wohnrecht und Wohnungsbau, der Kampf von Millionen Menschen um das Dach über dem Kopfe, eines der wesentlichsten Probleme dieser Wahlen wäre. Hier wollen die Nationalsozialisten den Hausbesitzern nicht wehe tun, dem spekulierenden privaten Häuser- und Baufaktorial nicht in den Weg treten. Auch über die Lösung der wichtigsten Wirtschaftsfragen, über die Kämpfe der Arbeiter um die Sozialversicherung, schweigen sie sich aus, weil es für diese Partei, die sich allen hingeben möchte, eben so schwer ist, Farbe zu bekennen.

Sehr viel und sehr geschwollen redet der Wahlausruf aber von dem Kampf um die Selbstverwaltung, der als die „geschichtliche Aufgabe“ der Nationalsozialisten bezeichnet wird. Nur die nationalsozialistische Partei sei fähig, diesen Kampf zu führen, und „die Tschechen wissen es gut, daß nur die deutschen Nationalsozialisten als aktive Kampftruppe um die Selbstverwaltung in Betracht kommen“. — Für so dumme Mäuler wie wir die Tschechen nicht halten! Die haben im allgemeinen die deutschen Parteien meist sehr richtig eingeschätzt.

Der Ausruf einer Partei, hinter der nicht einmal ein Fünftel des sudetendeutschen Volkes steht, enthält den pompösen Satz: „In unserem Lager ist Sudetenland!“ und redet

Die Lehrerbildung liegt ganz im Argen und die Lehrerbildung wird fast ganz unterbunden. Nicht einmal die jährlichen Bezirkslehrerkonferenzen sind wegen des finanziellen Aufwandes möglich geworden. Der Unterschied zwischen Volksschulen und Bürgerschulern ist so gering, daß trotz der herabgedrückten Prüfungsanforderungen ein großer Mangel an geprüften Fachlehrern besteht. An tschechischen und slowakischen Bürgerschulen haben in vielen Fällen nur die Leiter die vorgeschriebene Befähigung.

Die Schulgesetzgebung ist vollständig lahmgelegt. Die Reform des gesamten Schulwesens, die Reform der Schulverwaltung, die organische Eingliederung der vierten Jahresstufe an Bürgerschulen, die Schul- und Unterrichtsordnung, die Lehrpläne u. dgl. harren alle die Jahre auf eine gesetzliche Regelung.

Die Staatsangestellten und Lehrer hatten von dieser Regierung nichts und sie können deshalb ihr Hinscheiden nur freudig begrüßen. P. A.

**Nicht so schüchtern!**

Stärker auftragen!

Das Papier hält noch mehr aus!

Die Kommunisten widmen eine ganze Seite des „Vorwärts“ einem Wahlausruf, der ausschließlich gegen die Sozialdemokratie gerichtet ist und dessen markante Kapitelüberschriften, in großen Lettern aus dem Satz hervorspringend, lauten:

**Die Sozialdemokratie ist die Partei**

des imperialistischen des Faschismus, des weißen Terrors des gelben Streikbruchs, gegen die Arbeiterbewegung und der religiösen Volksverdummung.

Diese Behauptungen werden „bewiesen“ durch Zitate, die in bekannter Manier aus dem Zusammenhang gerissen und für den kommunistischen Gebrauch hergerichtet wurden. Der Faschismus etwa soll durch die bekannte, von Genossen Dr. Strauß unlängst in unserem Blatte ausführlich erörterte Geschichte mit der Klage der Kommunisten gegen die „Zukunft“ bewiesen werden. Die „religiöse Volksverdummung“ wird erwiesen durch ein Zitat aus einer amtlichen Rundgebung Severings an die Berliner Kirchenkonferenz. Die Reichsregierung sprach den Wunsch aus, daß durch die Konferenz, die sich das Ziel gesetzt habe, das christliche Sittengesetz auf allen Gebieten menschlichen Handelns nachdrücklich zu verkünden, die Solidarität der gesamten Menschheit vertieft werde. Für Kommunisten — der Beweis sozialdemokratisch-religiöser Volksverdummung.

Wir möchten den Kommunisten doch empfehlen, da sie einmal ihre Sache auf die Dummheit der Wähler gestellt haben und bedenkenlos drauflos schreiben, doch andererseits nicht so zaghaft zu sein. Warum nur Faschismus, Krieg, weißer Terror, Streikbruch, Rationalisierung und Volksverdummung? Warum sagen sie nicht offen, daß die Sozialdemokraten auch an den Herrenberendungen, Reberverfolgungen, an der Pest, dem dreißigjährigen Krieg und an dem kalten Winter des heurigen Jahres schuld sind?! Warum verschweigen sie, daß die Sozialdemokraten ausschließlich Raubmörder, Bandenführer, Diebe und Blutsauger sind?! Nicht so schüchtern!

von der allein ihr eigenen sittlichen Kraft, eine Volksbewegung zu erwecken.

Ganz abgesehen davon, daß die Selbstverwaltung schon eine sozialdemokratische Programmforderung war, als den Vorläufer der nationalsozialistischen Partei noch nicht einmal das Wort bekannt war, ganz abgesehen davon, daß die Nationalsozialisten ihr Autonomieprogramm den Sozialdemokraten entlehnt haben, wird man gerade die sittliche Legitimation des Nationalsozialismus zur Verfechtung einer demokratischen Idee bestreiten dürfen. Eine Partei, die den Faschismus anstrebt, die Italien für ein Paradies hält, die selbst die Entrechtung der deutschen Südtiroler in Ordnung findet, die in Deutschland mit Mord und Bomben den Sturz der demokratischen Verfassung und die Aufrichtung der Diktatur herbeiführen will — eine Partei der Gewalt und des Faustrechts will die „sittliche Kraft“ zur Erweckung einer Volksbewegung für die Demokratie haben?! Die Nationalsozialisten, die doch jede Selbstverwaltung lächerlich machen, die dem Volke die Fähigkeit, sich selbst zu regieren, absprechen und Millionen durch einen Diktator gängeln möchten, sollen irgendwem als Kämpfer für die Selbstverwaltung imponieren!

Dieker Wahlausruf weiß auch nichts davon, daß die Totengräber der Selbstverwaltung, die deutschen Aktivisten, mit Unterstützung der deutschen Nationalsozialisten im Jahre 1925 siegen und 1926 in die Regierung eintreten konnten. Er verschweigt mehr als zu übersehen wäre und er leckt durch sein Geschrei die Aufmerksamkeit noch auf die schwächsten Stellen des nationalsozialistischen Programms. Die Nationalsozialisten glauben, eine zugkräftige Wahlparole zu haben, aber sie werden in große Verlegenheit geraten wenn wir sie fragen werden, wo sie diese Parole mitgehen lassen, und wenn die Wähler sehen werden, wie schlecht die demokratische Mühe zum faschistischen Hemd paßt.

nicht so zurückhaltend; es kommt auf ein paar Lettern nicht an, das Papier ist geduldig und die Leser, die das eine ohne Uebelkeiten vertragen, werden an dem anderen auch nicht erstickend!

**So sieht es in einem Lande der Diktatur aus.**

Wie es in Jugoslawien unter der Herrschaft der Diktatur aussieht erfährt man aus dem Bericht des „Manchester Guardian“, des großen liberalen englischen Blattes. In einer reaktionellen Vorbemerkung teilt das Blatt mit, daß der Verfasser ein Journalist und alter Kenner der Serben und Kroaten ist. Er sei kürzlich in Belgrad, Agram und anderen jugoslawischen Städten gewesen, aber die Behörden von Belgrad wollten ihm den weiteren Aufenthalt im Lande nur gestatten, wenn er sich verpflichte, nur solche Artikel zu schreiben, die der Diktatur günstig oder zum mindesten nicht ungünstig seien. Der Journalist konnte sich dieser Verpflichtung nicht unterziehen und hat Jugoslawien verlassen.

Die Diktatur, so erklärte er, habe kein einziges Problem gelöst, die die Existenz des jugoslawischen Staates bedrohen. Die Wirtschaft und Finanzkrise sei schlimmer als vorher. Regierung und Verwaltung geben Order und Kontorder. Die Korruption blühe wie nie zuvor. Die auswärtigen Beziehungen, besonders mit Bulgarien, seien schlechter als je. Die Einigung der Serben und Kroaten sei noch nie in so weiter Ferne gewesen. In Agram herrsche große Verbitterung und Enttäuschung. Der König, der noch vor wenigen Monaten in Agram populär war und als das höchste Symbol jugoslawischer Einheit galt, würde heute Gefahr laufen, wenn er sich in den Straßen dieser Stadt sehen ließe. Im Juni versagte eine Versammlung repräsentativer Agramer Anwälte eine Loyalitätserklärung; einer von ihnen schlug vor, einen Appell an den König einzuschicken, er möge dem Volke die Verfassung zurückgeben. Der Appell wurde verhaftet, in Belgrad vor Gericht gestellt und zu einem halben Jahr Gefängnis verurteilt. Seit dem 6. Jänner seien etwa 3000 Personen, hauptsächlich Studenten und Arbeiter, wegen „politischer Vergehen“ verhaftet worden. Das Land sei ein Paradies für Polizeispione, Agenten und Erpresser geworden.

Es sei, so fährt der Korrespondent fort, kaum jemand sicher, weil fast jeder „des Kommunismus verdächtig“ werden könne. Gewiß gebe es in Jugoslawien eine kommunistische Bewegung, und die Diktatur weibe viele Studenten und Arbeiter in die kommunistischen Reihen. Auch wenn einer nie etwas mit Kommunismus zu tun gehabt habe, so sei er vor Verdächtigung nicht sicher. Tag und Nacht patrouilliere die Polizei wegen der „kommunistischen Gefahr“ mit geladenem Gewehr in den Straßen und Plätzen von Agram. Die nationalen Minderheiten werden aller Rechte beraubt. In allen Gebieten, wo Minderheiten leben, vertreiben die Serben die eingeborenen Beamten. Alle verantwortlichen Stellen in der Politik, den Eisenbahnen und der Polizei werden mit Serben besetzt. Alle Soldaten in den Kasernen sind Ostfremde, da die aus der Gegend stammenden Truppen stets anderswo placiert werden. Die deutsche und die ungarische Minderheit werden bedrückt und ausgebeutet stärker als vorher. Noch schlechter würden die Mazedonier behandelt. Der Korrespondent glaubt, die Diktatur werde bei längerer Dauer die jugoslawische Einheit vernichten.

**Internationale Schiebergewinne.**

Genf, Ende September 1929.

Am 1. Februar 1909 kam in Schanghai auf Anregung der Vereinigten Staaten von Nordamerika unter Vorsitz des Bischofs Brent die erste Opiumkonferenz zustande. 18 Staaten waren auf ihr vertreten. Es folgte das Haager Abkommen von 1912. Artikel 23 des Friedensvertrages von Versailles (der ausdrücklich dem Völkerbund die Rolle überweist, den Kampf gegen die Gifte zu übernehmen), das Genfer Abkommen von 1925 und schließlich eine Anzahl von Sitzungen der Opiumkommissionen zu Genf. Während sich aber die Regierungen nicht sehr beeilen (mehr als die Hälfte der Völkerbundsmitglieder, darunter sechs Mitglieder des Völkerbunds, haben das Abkommen von 1925 bis heute nicht ratifiziert), arbeiten die Schieber immer fieberhafter, immer wahnwitziger, immer geistloser. Das Geschäft, die Menschheit mit Giften zu übersütten und die Krankenhäuser zu füllen — allein in Korea sind 5000 Menschen nur am Morphinum unheilbar erkrankt —, lohnt sich. Ein Kilo Opium, dessen wirklicher Wert 200 Dollar ist, wird zu 25.000 Dollar verkauft, ein Kilo Heroin, das 101 Dollar wert ist, kostet als Schmugglerware 125.000 Dollar. Die Regierungen kümmern sich eben viel zu sehr darum, ob die Besitzer der hunderte von Giffabriken, die die Welt verpestet, wirklich ein großes Vermögen haben, also kaufmännisch sicher stehen, und viel zu wenig darum, ob die Firmenbesitzer moralisch einwandfrei sind. Oft ist ja auch die Industrie so stark mit der Regierung verquickelt, daß diese an ihrer Bekämpfung kein rechtes Interesse hatten. Früher die Exportation nach Brannin, höchstens nach Kilogramm, so rechnet man heute im Schmugglerhandel nicht einmal mehr nach Zentnern, sondern bereits nach Tonnen. Natürlich sind die Zollerkörungen immer folter. So wurde am 3. März 1927 in Neapel „Tomaten-Sauce“ beschlagnahmt am 2. Februar 1927 im japanischen Koba „Wollstoff“, am 5. Juni des gleichen Jahres beschlagnahmt man auf einem nach England gehenden Schiff sogar „Die Kleider des in Amerika verstorbenen Cheggatten“. Immer wurde in diesen und in tausend anderen Fällen nur Kokain und Opium geschmuggelt. In England gibt es die sogenannte „Königspeife“, das ist ein Opien, in dem die Polizei die Waren sofort nach ihrer Beschlagnahme verbrennt. Auch die chinesische Regierung läßt manchmal Opium öffentlich verbrennen. Das griechische „Opion“, der verarbeitete Saft der Mohndolme, wurde bereits im achten Jahrhundert von den Griechen zu den Arabern gebracht (der Prophet unterlag zwar den Muslimen den Alkohol, aber nicht das Opium!), und im 15. Jahrhundert kam es nach China.

Allein an den Beschlagnahmen, die jedoch nur etwa den 20. Teil des wirklichen Schmuggelhandels ausmachen, kann man sehen, wie stark der heimliche Verkauf von Kokain und Opium zugenommen hat und welche beispiellosen Gewinne von den Händlern eingefloßt werden. Von 1921 bis 1926 hat die Weltproduktion von Morphinum um 50 Prozent zugenommen: Gerade 1925 und 1926, nach Ausarbeitung des Genfer Abkommens! 1921 wurden in Frankreich 270 Kilo Morphinum produziert, 1924 bereits 322 und 1926 sogar 2000! Die 400 Millionen Menschen, die in China wohnen, brauchen für medizinische Zwecke eine Zehntel Tonne Heroin pro Jahr. Aber 1927 hat allein die holländische Firma Raarden in Bussum zwei Tonnen Heroin nach China gelandt. Dies ist das gefährlichste Gift, dessen Medizinalwert sogar sehr bestritten ist. Es macht die Menschen feige und brutal und herabstie ihrer Bestimmung. Von der chinesischen Provinz Chuang-Si werden nach der Nachbarprovinz Schanghai jede Woche 70 Tonnen Rohopium eingeschmuggelt! Jede Tonne Gift bedeutet 100 Millionen Tosen! Sie bedeuten aber auch 200 Millionen Mark Reinerwerb in einer Woche. 450 Milligramm Opium pro Kopf der Bevölkerung bei einem Zufuß von 10 Prozent Morphinum bedeutet im ganzen Jahr die in einem medizinisch hochstehenden Lande für ärztliche Zwecke wirklich notwendige Quantität. Der englische Vertreter in der Opiumkonferenz schätzte diese Ziffer für England sogar als zu hoch. Stamm 350 Milligramm brauche man pro Kopf der Bevölkerung. Die 1600 Milligramm Heroin, die eine einzige Bafeler Firma (Zandoy) 1927 nach Holland exportierte, würden für 12 Jahre den legitimen Verbrauch von ganz England ausmachen. Die Schweiz braucht 72 Milligramm Morphinum pro Jahr für medizinische Zwecke und 9 Milligramm Heroin. Aber 1927 verbrauchte sie 3757 Milligramm Morphinum und 3310 Milligramm Heroin. Nebulisch steht es in allen Ländern. Auch über die Hamburger Firma C. S. Böhringer Sohn und über die Mannheimer Firma C. F. Böhringer und Söhne wurden jetzt in Genf viele Klagen laut. Auf Grund eines englischen Vorklages soll nun eine neue Opiumkonferenz in Genf zusammenkommen, auf der man studieren will, ob man nicht die Fabrikation der Gifte einschränken kann. Wird sie mehr Erfolg haben als die vorangegangenen internationalen Abmachungen? Nur Lenz.

Jedes neue Parteimitglied bedeutet einen Freund mehr, einen Feind weniger. Darum werdet für die Partei!

# Die organisierten Mieter haben das Wort.

## Stellungnahme der Mieterschaft zu den Parlamentswahlen. — Eine Manifestationsversammlung der Mieterschaft in Teplitz-Schönan. — Die deutsche Sozialdemokratie die einzige Partei, die Vertreter entsendet.

Die Mieter wissen, worum es am 27. Oktober geht. Der Wahlausfall wird über Abbau oder Aufrechterhaltung des Mieterschutzes entscheiden. Die Kräfte für diese Entscheidungsschlacht zu sammeln und in geschlossener Front allen Gegnern des Mieterschutzes entgegen zu werfen, ist Aufgabe der organisierten Mieter in den nächsten Wochen. Der große Betrag, den die Koalitionsparteien an den Mietern begehren wollen, muß allen Mietern zum Bewußtsein gebracht werden. Auch der letzte Mieter muß wissen, daß das Parlament neu gewählt werden soll, damit die bisherige Regierungsparteien näher an so sicherer und ungestörter den Mieterschutz abbauen können. Noch einmal wollen sie auf die Vertrauenszeit der Massen der Mieter bauen, um sie dann nach dem 27. Oktober auf das schmachlichste zu enttäuschen. Aber es kann schon jetzt gesagt werden, daß die Mieter auf diese beabsichtigte Täuschung des Volkes nicht mehr hereinfallen werden. Das Vertrauen der Mieterschaft zu den bürgerlichen Parteien ist erschüttert. Keine Versprechungen, keine Zusagen vor den Wahlen, daß auch die bürgerlichen Parteien für den Schutz der wirtschaftlich Schwachen vor Kündigung und Ausbeutung durch das Hauskapital sind, wird sie vor der verdienten Niederlage retten können.

Dieser entschlossene Kampfwille der organisierten Mieter kam in einer von der Arbeitsstelle der deutschen Mietervereine für Samstag nach Teplitz einberufenen Mietertagung zum Ausdruck. In ersten, sachlichen Beratungen nahmen die Delegierten der deutschen organisierten Mieter zu dem Wahlen am 27. Oktober und zu den einzelnen Parteien Stellung.

Am Sonntag früh fand dann im „Neptun“-Saal in Teplitz-Schönan eine Manifestationsversammlung statt, die sehr gut besucht war. Das Referat erstattete

### Herr Dr. Klein - Teplitz.

Er beleuchtete sehr scharf das sogenannte „freie Spiel der Kräfte“ auf dem Wohnungsmarkt und verwies darauf, daß selbst vor dem Kriege schon gewisse Einschränkungen der freien Wirtschaft im bürgerlichen Geschlecht vorhanden war. Er sagte, daß ein solches freies Spiel der Kräfte, das den Gegnern des Mieterschutzes als der Normalzustand in der Wohnungsfrage erscheint, auch auf anderen Gebieten der Volkswirtschaft durch gesetzliche Maßnahmen der Wirtschafts- und Sozialpolitik eingeschränkt worden ist. Herr Dr. Klein erläuterte dann das Mieterprogramm, das die unbedingte Aufrechterhaltung des Mieterschutzes und seine Ausgestaltung zu einem dauernden Mietrecht verlangt. Das Programm sieht auch die Schaffung eines Wohnbaugesetzes vor, welches die Gemeinden zum Wohnungsbau verpflichtet und ein Enteignungsrecht für Grund und Boden gegen eine Entschädigung zum gemeinsamen Werte vorsieht. Im Anschluß daran führte er aus, daß die Verwirklichung dieses Programmes von den Mietern selbst abhängt. Ob es einmal Wirklichkeit wird, liegt an dem Einfluß der Mieter in den entscheidenden Körperschaften. Diese gesetzgebenden Körperschaften aber bestehen aus den einzelnen politischen Parteien, deren Mehrheit die Gestaltung der Gesetzgebung bestimmt. Die Mieter müssen sich daher bei den Parlamentswahlen stets fragen, welche Parteien für ihre Interessen in Frage kommen. Die Frage des Mieterschutzes ist nicht nur eine wirtschaftliche, sondern auch eine politische Frage, weil darüber die politischen Parteien entscheiden.

So neutral und unpolitisch die Organisation der Mieter ist, so kann sie doch nicht ruhig dem Wahlkampf zusehen.

Die Organisation der Mieter wird alle Mieter noch zur rechten Zeit darauf aufmerksam machen, welche politischen Parteien in der Lage sind, für das Mieterprogramm einzutreten. Aber heute schon müssen sich die Mieter darauf einstellen, daß der 27. Oktober die Entscheidung für den Mieterschutz bedeutet. Die Mieter haben sich ihr Programm gegeben, Aufgabe aller Mieter, ob sie nun in alten oder neuen Häusern wohnen, ist es, an der Verwirklichung dieses Programmes mitzuhelfen. Es kann nicht oft genug betont werden, daß alles vom 27. Oktober abhängt! (Starker Beifall.)

Nach einer Begrüßung des Delegierten des Reichsverbandes, des Herrn Lauer, sprach namens mehrerer Mietervereine Genosse Bunn-Selten, der daran erinnerte, daß man im Jahre 1914 die wehrfähigen Männer zu den Waffen rief, damit sie Haus, Hof und Heimat verteidigen. Heute, zehn Jahre nach Kriegsende, gehen die bestehenden Schichten, die im Jahre 1914 den Krieg entsetzten, davon, den letzten Rest des gesetzlichen Schutzes für das Heim der Mieter zu beseitigen. Die bürgerlichen Parteien aber werden am 27. Oktober erkennen, daß sie die Rechnung ohne den Wirt gemacht haben. (Beifall.)

Es sprachen dann der Vertreter des Mieterschutzvereines Eger, Herr Stark, des Mietervereines Aussig, Herr Bartsch, für den Mieterverein Karlsbad, Bindner, für den Mieterverein Komotau, Kraus, für den Verein Böhm.-Leipz.

Politisch, für den Verein Saaz, Schimel, für den Verein Tetschen-Alstadt, Herr, für Friedland, Vogt und für den Reichsverband der Mieterschutzvereine Herr Lauer-Prag, der ausführte, daß die tschechischen Mieter mit den deutschen im Kampfe um den Mieterschutz solidarisch vorgehen werden. Alle Debatterender sicherten der Versammlung unverbrüchliche Solidarität und die feste Entschlossenheit der Mieter, der von ihnen vertretenen Vereine zu, mit den Feinden des Mieterschutzes am 27. Oktober Schlag zu machen.

Von allen politischen Parteien hat nur die Deutsche sozialdemokratische Arbeiterpartei Vertreter zu dieser Manifestation entsendet.

Alle anderen Parteien, die Kommunisten und Nationalsozialisten eingeschlossen, blieben dieser Tagung fern.

Für unsere Partei sprach zuerst Genosse Herget,

der mit Beifall begrüßt wurde und besonders die Demagogie der Christlichsozialen aufzeigte. Während die Christlichsozialen in den Mieterversammlungen für den Mieterschutz reden, machen sie den Hausherrn auf der anderen Seite bindende Versprechungen für den Abbau des Mieterschutzes. Er erinnerte an die bindende Zusage des Abgeordneten Krumpke namens des Klubs der christlichsozialen Abgeordneten und Senatoren auf dem Bundestag der deutschen Hausbesitzer in Leitmeritz, in der Herr Krumpke erklärte,

daß die christlichsoziale Volkspartei alle ihre Kräfte für den Abbau des Mieterschutzes einsetzen werde.

Aber auch auf die Ausführungen der Frau Abg. Weber (deutsche Nationalpartei) auf dem Bundestag deutscher Hausbesitzer kam er zu sprechen. Heute wissen die Deutschnationalen noch nicht, wie sie sich zum Mieterschutz einstellen sollen. Sie wollen erst eine Enquete einberufen, um ihre Stellungnahme zu klären. Auch der Abgeordnete der Deutschen Arbeits- und Wirtschaftsgemeinschaft auf dem Bundestag der deutschen Hausbesitzer hat festgestellt, daß die Arbeits- und Wirtschaftsgemeinschaft nur die Interessen der Hausbesitzer vertritt. „Ich spreche hier“, so erklärte Genosse Herget zum Schluß, „für die Deutsche sozialdemokratische Arbeiterpartei des Kreisgebietes Teplitz-Saaz.“

Unsere Teilnahme an dieser Manifestationsversammlung bedeutet, daß wir restlos hinter den Forderungen der Mieter stehen. Wir werden keine Enquete einberufen, wir wissen bereits, wie wir uns entscheiden und arbeiten müssen. Das Programm der Mieter ist unser Programm, ihr Kampf unser Kampf.

(Stürmischer Beifall.)

Wir wollen jedem Menschen das Recht auf eine menschenwürdige Wohnung erkämpfen. Von Vordemern wurde gesagt, daß die Mieter Farbe bekennen und unterscheiden müssen, wer für und wer gegen sie ist. Die Mieterschutzfrage ist ein Politikum, die Entscheidung darüber liegt in den Händen der politischen Parteien. Und wenn sie ihr Votum als Mieter abgeben, dann müssen sie sich immer vor Augen halten: Wer sind die Vertreter der Mieter und wer die Vertreter der Hausbesitzer? Wenn sie bei dieser Gelegenheit dem Verstand die erste Stelle einräumen, dann braucht uns und ihnen um die Entscheidung nicht bange zu sein!

Wenn der Verstand siegt, wird die Mieterschaft wissen, wer ihre Abgeordneten und Senatoren sind.

(Starker Beifall.)

Der Parteivorstand der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei und der Klub der sozialdemokratischen Abgeordneten und Senatoren hatte den

### Genossen Wiener, Prag

entsandt, um den Mietern die Versicherung zu übermitteln, daß unsere Partei und ihre parlamentarischen Vertreter stets mit den Mietern Seite an Seite um den Mieterschutz und für seine Verbesserung kämpfen werden. Genosse Wiener führte aus:

Die Stellung unserer Partei zum Mieterschutz ist nicht nur gegeben durch die Erklärung, die ich hier abgegeben habe, sondern durch den ständigen und unablässigen Kampf, den unsere Partei im Interesse der Erhaltung des Mieterschutzes seit jeher geführt hat. Unser Standpunkt ist nicht der der Christlichsozialen, die in einer Teplitzer Mieterversammlung am 8. Mai d. J. durch ihren Vertreter, Oberst Fleischer, erklärten: Auch die Deutsche christlichsoziale Volkspartei ist für den Mieterschutz, wenige Wochen darauf aber durch Abgeordneten Krumpke den Hausbesitzern den Abbau des Mieterschutzes versprochen. Unser Standpunkt ist auch nicht der der deutschen Nationalsozialisten, in deren Namen der Chefredakteur des „Tag“, Herr Karg, in der „Dager Zeitung“ ausführte,

daß nichts anderes übrig bleibe, als ein Abbau des Mieterschutzes in 6 bis 8 Jahren. Unser Standpunkt ist gegeben durch die Resolution unserer diesjährigen Gemeindevereinerkonferenz in Reichenberg, die erklärt, daß weder die Erhöhung der Mietzinse, noch die Voderung des Mieterschutzes tragbar ist. Diese Resolution fordert in Uebereinstimmung mit dem Mieterprogramm ein Enteignungsrecht und die Wohnbaupflicht der Gemeinden. Die Resolution klingt in der Feststellung aus, daß die Partei nicht rasten wird, bis das soziale Mietrecht, bis für jeden eine gesunde Heimstätte erkämpft und gesichert ist. Es geht beim Mieterschutz nicht um die Zinserhöhungen allein, sondern um eine Frage unseres gesamten Wirtschaftslebens. Aus den Erhebungen des statistischen Staatsamtes geht hervor, daß die Ausgaben der Arbeiter für die Mietzinse unter der Herrschaft der deutsch-tschechischen Bürgerkoalition ständig gestiegen sind. Wenn das so weiter geht, so bedeutet das eine grenzenlose Verelendung der Massen, ein Rückgang der Kaufkraft der arbeitenden Bevölkerung in einer Zeit, in der unsere Industrie schwer um den Export zu kämpfen hat und selbst kapitalistische Volkswirtschaftler zugeben, daß die einzige Rettung für unsere Volkswirtschaft die Hebung der Massenkaufkraft ist. Jede Voderung des Mieterschutzes bringt neue Gefahren für die Volkswirtschaft. Aber es handelt sich nicht nur um eine volkswirtschaftliche, sondern um eine sozialhygienische und kulturelle Frage.

Wer freilich den Wohlstand des Volkes an der Profitfrage misst, für den mögen elende Wohnungen mit großem Reinertrag das erstrebenswertere Ziel sein.

Wer aber weiß, daß nur in gesunden und erscheinlichen Wohnungen ein gesundes, arbeitsfähiges und arbeitsfreudiges Geschlecht heranwachsen kann, wird sich uns im Kampfe um die Erringung des sozialen Wohnrechtes anschließen. Auf der Reichskonferenz unserer Gemeindevereiner in Reichenberg hat unser Parteigenosse Bötzl erklärt,

daß unsere Partei das Gegenwartsprogramm der Mieter zu ihrem Programm macht.

Wenn wir bedenken, daß nach einer Statistik des Professors Schönbaum in der Tschechoslowakei noch über 200.000 Wohnungen fehlen, daß Zehntausende Familien in dunklen Kellern leben müssen, dann können wir es nicht begreifen, daß Dr. Mareš es auf dem Bundestag der deutschen Hausbesitzer wagte zu erklären, daß das Programm der organisierten Mieter nicht ernst zu nehmen sei. Wir sehen, daß die Hausbesitzer unsere Forderungen nicht ernst nehmen,

aber umso ernster müssen sie die Mieter nehmen. (Zustimmung.)

Wir dürfen den Mut nicht sinken lassen. Als vor 40 Jahren die österreichischen Arbeiter das allgemeine Wahlrecht verlangten, beschneidete man auch diese Forderung als ein Schlagwortprogramm. Heute ist das allgemeine Wahlrecht eine Selbstverständlichkeit geworden. Als der Internationale Sozialistenkongress vor vier Jahrzehnten in Paris den Achtstundentag verlangte, war auch dieses Verlangen für manche ein Schlagwort. Heute ist der Achtstundentag ein Gemeingut der zivilisierten Menschen.

Einmal aber wird auch das soziale Wohnrecht Gemeingut der zivilisierten Menschheit werden, wenn nur die Mieter selbst das nötige dazu tun. Auf die Deutsche sozialdemokratische Arbeiterpartei können sie sich in diesem Kampfe verlassen. Ich will nur dem Wunsche Ausdruck geben, daß dieses Treuverhältnis ein gegenseitiges werde, damit wir über alle Widerstände hinweg das soziale Wohnrecht des Volkes erkämpfen. (Starker, lang anhaltender Beifall.)

Der in der Versammlung zufällig anwesende Kommunist Landa fühlte sich nun verpflichtet, auch einige Worte zu sagen, ohne von seiner Partei hierzu beauftragt worden zu sein. Seine Erklärung, daß die Kommunisten den Kampf der Mieter unterstützen, wurde von der Versammlung mit Widerspruch aufgenommen. In zohfreichen Zwischenrufen wurde ihm bedeutet, daß die organisierten Mieter nicht an den Ernst dieser Behauptung glauben.

Hierauf verlas Herr Dr. Klein folgende

### Resolution:

Mit größter Besorgnis ist die Mieterschaft von dem Schicksale des Mieterschutzes und der mit ihm zusammenhängenden Wohnungsgesetzgebung, das diesen ungemein wichtigen sozialen und wirtschaftlichen Problemen bereit werden soll, erfüllt. Die weitaus überwiegende Mehrheit der Bevölkerung, insbesondere in den Städten und Gemeinden, in denen Mieter schätz sind, könnte es niemals verstehen, wenn zugunsten des Hausbesitzers, der sich in einer ungleich besseren Lage befindet als die große Masse der Mieterbevölkerung — wie da sind Arbeiter, Angestellte, Pensionisten, Kriegsbeschädigte, Kleinrentner, Handwerker, Gewerbetreibende und Kaufleute, Angehörige der freien Berufe, wie Ärzte, Techniker, Ingenieure etc. der Mieterschutz beseitigt und damit die Not der wirtschaftlich

schwachen Bevölkerung noch vergrößert werden würde. Es muß vielmehr die Aufgabe jeder Regierung, aber auch jeder politischen Partei sein, die nicht in Worten, sondern in Taten für das Wohl des Volkes eintritt, gegen die Ausbeutung des wirtschaftlich Schwächeren, seine Bedrückung durch den Willen des Stärkeren, mit wirksamen Mitteln anzukämpfen. Deshalb muß es auch Aufgabe dieses Staates sein, die Wohnungsgesetzgebung in jene Bahnen zu lenken, die diesen Grundfragen entsprechen, um so mehr als die bisherige Wohnungswirtschaft weder den Wohnungsmangel noch die Wohnungsnot beseitigen konnte.

Die Mieterschaft erhebt nachstehende Forderungen:

1. Reformierung des bürgerlichen Geschlechtes betreffend die Vorschriften über das Bestandrecht im Sinne des Mieterprogrammes, insbesondere in der Richtung, daß der Schutz des Mietvertrages und der ihm gleichgestellten Rechtsverhältnisse vor Kündigung dauernd hergestellt werde und nur aus den im Mieterprogramm angeführten Gründen eine Kündigung oder Lösung des Vertrages möglich ist.

2. Schaffung eines Gesetzes über den Zins von Bestanddräumen in alten und neuen Häusern in Gemäßheit des Mieterprogrammes, das festsetzt, daß nur der angemessene Zins in neuen Häusern zulässig ist und der Zins für Bestanddräume in alten Häusern grundsätzlich sich nach den bisherigen gesetzlichen Vorschriften richtet.

3. Schaffung eines Wohnbaugesetzes, das das Problem der Wohnungsnot und des Wohnungsmangels endgültig zu lösen hat. Die vorzubereitende Lösung muß die Gemeinde in den Dienst einer weitgehenden Wohnbaupflicht stellen, zu welchem Zwecke ihr ein Enteignungsrecht an Grund und Boden gegen Entschädigung des gemeinen Wertes einzuräumen ist. Jede Gemeinde soll ein Wohnbauprogramm herstellen und die Mittel zur Durchführung aus jenen Einnahmen bestreiten können, die vorwiegend von den Mietern in Form von Steuern und Abgaben eingehoben werden. Das praktische Ziel dieser öffentlich-rechtlichen Wohnbaupflicht ist nicht nur die Beseitigung der Wohnungsnot überhaupt, sondern die Erlangung der gesicherten Heimstätte.

Die verarmte Mieterschaft verlangt von den politischen Parteien, die um die Stimmen der Mieter werben, ein öffentliches und für die Parteien und deren parlamentarischen Klubs verbindliches Bekenntnis, so wie dies noch besonders durch die Arbeitsstelle der deutschen Mietervereine der tsch. Republik von den in Betracht kommenden politischen Parteien abgefordert wird.

Diese Resolution wurde einstimmig angenommen.

Nach einem kurzen Schlusswort des Vorsitzenden, Herrn Richter, in dem er an die Versammelten appellierte, unter den fernstehenden Ausflüchtungen zu leisten und alle Kräfte für die Erhaltung des Mieterschutzes einzusetzen, fand die schön verlaufene Versammlung ihren Abschluß.

## Vor dem Kongress der Sozialistischen Arbeiter-Sport-Internationale.

In den Tagen vom 12. bis 14. Oktober findet in Prag der V. Kongress der Sozialistischen Arbeiter-Sport-Internationale statt. An Delegierten sind bis heute schon 70 Personen aus zehn europäischen Staaten gemeldet, und zwar aus Deutschland, Österreich, Belgien, Frankreich, Schweiz, Jugoslawien, Polen, Lettland, Estland und der Tschechoslowakei. Vergleichsweise sei erwähnt, daß an den vorhergehenden Kongressen, welche in Luzern, Leipzig, Paris und Helsinki stattfanden, die Delegiertenzahl zwischen 30 und 45 schwankte. Ferner werden auf dem Prager Kongress durch Delegierte vertreten sein: Die Sozialistische Internationale (Zürich), die Gewerkschaftsinternationale (Amsterdam), die der Erzieher (Wien), der Jugend (Berlin) und auch das Internationale Arbeitsamt (Genf). Diese große Teilnahme an den kulturellen Arbeiten des Prager Kongresses berechtigt zu den besten Hoffnungen und die Ergebnisse dieser Tagung werden sicherlich für die Arbeiter-Sportinternationale, welche nahezu zwei Millionen Arbeitersportler und Turner in sich vereinigt, von großem Nutzen sein. Von bekannteren Genossen werden an dem Kongress u. a. teilnehmen: Dr. Julius Deutsch, Prof. Dr. Tandler, Max Winter, Büchler (Österreich), Reichstagsabgeordneter Schred (Deutschland), Senator Auray, Bürgermeister von Pantin (Paris) und Führer der französischen Arbeiter-Sportbewegung.

## Vom Rundfunk.

Empfehlenswertes aus den Programmen.

### Donnerstag.

Prag: 11.15 Schallplattenmusik; 12.30—13.30 (Sendung nach Brinn und Preßburg) Konzert; 13.30—17.30 Konzert; 17.35 Deutsche Breitenwörter; 17.50 Deutsche Sendung; 18.00 Dr. Richard Müller-Greif, Berlin: „Die Partei der menschlichen Individualität“; Genie Schwab: „Darm betreiben wir Gymnastik“; 18.15 11.30 Schallplattenmusik; 18.45 Konzert; 17.45—18.15 Deutsche Sendung; 18.15 18.30 Konzert; 18.30—18.45 Schallplattenmusik; 18.45—19.00 Konzert; 19.00—19.15 Schallplattenmusik; 19.15—19.30 Konzert; 19.30—19.45 Schallplattenmusik; 19.45—20.00 Konzert; 20.00—20.15 Schallplattenmusik; 20.15—20.30 Konzert; 20.30—20.45 Schallplattenmusik; 20.45—21.00 Konzert; 21.00—21.15 Schallplattenmusik; 21.15—21.30 Konzert; 21.30—21.45 Schallplattenmusik; 21.45—22.00 Konzert; 22.00—22.15 Schallplattenmusik; 22.15—22.30 Konzert; 22.30—22.45 Schallplattenmusik; 22.45—23.00 Konzert; 23.00—23.15 Schallplattenmusik; 23.15—23.30 Konzert; 23.30—23.45 Schallplattenmusik; 23.45—24.00 Konzert; 24.00—24.15 Schallplattenmusik; 24.15—24.30 Konzert; 24.30—24.45 Schallplattenmusik; 24.45—25.00 Konzert; 25.00—25.15 Schallplattenmusik; 25.15—25.30 Konzert; 25.30—25.45 Schallplattenmusik; 25.45—26.00 Konzert; 26.00—26.15 Schallplattenmusik; 26.15—26.30 Konzert; 26.30—26.45 Schallplattenmusik; 26.45—27.00 Konzert; 27.00—27.15 Schallplattenmusik; 27.15—27.30 Konzert; 27.30—27.45 Schallplattenmusik; 27.45—28.00 Konzert; 28.00—28.15 Schallplattenmusik; 28.15—28.30 Konzert; 28.30—28.45 Schallplattenmusik; 28.45—29.00 Konzert; 29.00—29.15 Schallplattenmusik; 29.15—29.30 Konzert; 29.30—29.45 Schallplattenmusik; 29.45—30.00 Konzert; 30.00—30.15 Schallplattenmusik; 30.15—30.30 Konzert; 30.30—30.45 Schallplattenmusik; 30.45—31.00 Konzert; 31.00—31.15 Schallplattenmusik; 31.15—31.30 Konzert; 31.30—31.45 Schallplattenmusik; 31.45—32.00 Konzert; 32.00—32.15 Schallplattenmusik; 32.15—32.30 Konzert; 32.30—32.45 Schallplattenmusik; 32.45—33.00 Konzert; 33.00—33.15 Schallplattenmusik; 33.15—33.30 Konzert; 33.30—33.45 Schallplattenmusik; 33.45—34.00 Konzert; 34.00—34.15 Schallplattenmusik; 34.15—34.30 Konzert; 34.30—34.45 Schallplattenmusik; 34.45—35.00 Konzert; 35.00—35.15 Schallplattenmusik; 35.15—35.30 Konzert; 35.30—35.45 Schallplattenmusik; 35.45—36.00 Konzert; 36.00—36.15 Schallplattenmusik; 36.15—36.30 Konzert; 36.30—36.45 Schallplattenmusik; 36.45—37.00 Konzert; 37.00—37.15 Schallplattenmusik; 37.15—37.30 Konzert; 37.30—37.45 Schallplattenmusik; 37.45—38.00 Konzert; 38.00—38.15 Schallplattenmusik; 38.15—38.30 Konzert; 38.30—38.45 Schallplattenmusik; 38.45—39.00 Konzert; 39.00—39.15 Schallplattenmusik; 39.15—39.30 Konzert; 39.30—39.45 Schallplattenmusik; 39.45—40.00 Konzert; 40.00—40.15 Schallplattenmusik; 40.15—40.30 Konzert; 40.30—40.45 Schallplattenmusik; 40.45—41.00 Konzert; 41.00—41.15 Schallplattenmusik; 41.15—41.30 Konzert; 41.30—41.45 Schallplattenmusik; 41.45—42.00 Konzert; 42.00—42.15 Schallplattenmusik; 42.15—42.30 Konzert; 42.30—42.45 Schallplattenmusik; 42.45—43.00 Konzert; 43.00—43.15 Schallplattenmusik; 43.15—43.30 Konzert; 43.30—43.45 Schallplattenmusik; 43.45—44.00 Konzert; 44.00—44.15 Schallplattenmusik; 44.15—44.30 Konzert; 44.30—44.45 Schallplattenmusik; 44.45—45.00 Konzert; 45.00—45.15 Schallplattenmusik; 45.15—45.30 Konzert; 45.30—45.45 Schallplattenmusik; 45.45—46.00 Konzert; 46.00—46.15 Schallplattenmusik; 46.15—46.30 Konzert; 46.30—46.45 Schallplattenmusik; 46.45—47.00 Konzert; 47.00—47.15 Schallplattenmusik; 47.15—47.30 Konzert; 47.30—47.45 Schallplattenmusik; 47.45—48.00 Konzert; 48.00—48.15 Schallplattenmusik; 48.15—48.30 Konzert; 48.30—48.45 Schallplattenmusik; 48.45—49.00 Konzert; 49.00—49.15 Schallplattenmusik; 49.15—49.30 Konzert; 49.30—49.45 Schallplattenmusik; 49.45—50.00 Konzert; 50.00—50.15 Schallplattenmusik; 50.15—50.30 Konzert; 50.30—50.45 Schallplattenmusik; 50.45—51.00 Konzert; 51.00—51.15 Schallplattenmusik; 51.15—51.30 Konzert; 51.30—51.45 Schallplattenmusik; 51.45—52.00 Konzert; 52.00—52.15 Schallplattenmusik; 52.15—52.30 Konzert; 52.30—52.45 Schallplattenmusik; 52.45—53.00 Konzert; 53.00—53.15 Schallplattenmusik; 53.15—53.30 Konzert; 53.30—53.45 Schallplattenmusik; 53.45—54.00 Konzert; 54.00—54.15 Schallplattenmusik; 54.15—54.30 Konzert; 54.30—54.45 Schallplattenmusik; 54.45—55.00 Konzert; 55.00—55.15 Schallplattenmusik; 55.15—55.30 Konzert; 55.30—55.45 Schallplattenmusik; 55.45—56.00 Konzert; 56.00—56.15 Schallplattenmusik; 56.15—56.30 Konzert; 56.30—56.45 Schallplattenmusik; 56.45—57.00 Konzert; 57.00—57.15 Schallplattenmusik; 57.15—57.30 Konzert; 57.30—57.45 Schallplattenmusik; 57.45—58.00 Konzert; 58.00—58.15 Schallplattenmusik; 58.15—58.30 Konzert; 58.30—58.45 Schallplattenmusik; 58.45—59.00 Konzert; 59.00—59.15 Schallplattenmusik; 59.15—59.30 Konzert; 59.30—59.45 Schallplattenmusik; 59.45—60.00 Konzert; 60.00—60.15 Schallplattenmusik; 60.15—60.30 Konzert; 60.30—60.45 Schallplattenmusik; 60.45—61.00 Konzert; 61.00—61.15 Schallplattenmusik; 61.15—61.30 Konzert; 61.30—61.45 Schallplattenmusik; 61.45—62.00 Konzert; 62.00—62.15 Schallplattenmusik; 62.15—62.30 Konzert; 62.30—62.45 Schallplattenmusik; 62.45—63.00 Konzert; 63.00—63.15 Schallplattenmusik; 63.15—63.30 Konzert; 63.30—63.45 Schallplattenmusik; 63.45—64.00 Konzert; 64.00—64.15 Schallplattenmusik; 64.15—64.30 Konzert; 64.30—64.45 Schallplattenmusik; 64.45—65.00 Konzert; 65.00—65.15 Schallplattenmusik; 65.15—65.30 Konzert; 65.30—65.45 Schallplattenmusik; 65.45—66.00 Konzert; 66.00—66.15 Schallplattenmusik; 66.15—66.30 Konzert; 66.30—66.45 Schallplattenmusik; 66.45—67.00 Konzert; 67.00—67.15 Schallplattenmusik; 67.15—67.30 Konzert; 67.30—67.45 Schallplattenmusik; 67.45—68.00 Konzert; 68.00—68.15 Schallplattenmusik; 68.15—68.30 Konzert; 68.30—68.45 Schallplattenmusik; 68.45—69.00 Konzert; 69.00—69.15 Schallplattenmusik; 69.15—69.30 Konzert; 69.30—69.45 Schallplattenmusik; 69.45—70.00 Konzert; 70.00—70.15 Schallplattenmusik; 70.15—70.30 Konzert; 70.30—70.45 Schallplattenmusik; 70.45—71.00 Konzert; 71.00—71.15 Schallplattenmusik; 71.15—71.30 Konzert; 71.30—71.45 Schallplattenmusik; 71.45—72.00 Konzert; 72.00—72.15 Schallplattenmusik; 72.15—72.30 Konzert; 72.30—72.45 Schallplattenmusik; 72.45—73.00 Konzert; 73.00—73.15 Schallplattenmusik; 73.15—73.30 Konzert; 73.30—73.45 Schallplattenmusik; 73.45—74.00 Konzert; 74.00—74.15 Schallplattenmusik; 74.15—74.30 Konzert; 74.30—74.45 Schallplattenmusik; 74.45—75.00 Konzert; 75.00—75.15 Schallplattenmusik; 75.15—75.30 Konzert; 75.30—75.45 Schallplattenmusik; 75.45—76.00 Konzert; 76.00—76.15 Schallplattenmusik; 76.15—76.30 Konzert; 76.30—76.45 Schallplattenmusik; 76.45—77.00 Konzert; 77.00—77.15 Schallplattenmusik; 77.15—77.30 Konzert; 77.30—77.45 Schallplattenmusik; 77.45—78.00 Konzert; 78.00—78.15 Schallplattenmusik; 78.15—78.30 Konzert; 78.30—78.45 Schallplattenmusik; 78.45—79.00 Konzert; 79.00—79.15 Schallplattenmusik; 79.15—79.30 Konzert; 79.30—79.45 Schallplattenmusik; 79.45—80.00 Konzert; 80.00—80.15 Schallplattenmusik; 80.15—80.30 Konzert; 80.30—80.45 Schallplattenmusik; 80.45—81.00 Konzert; 81.00—81.15 Schallplattenmusik; 81.15—81.30 Konzert; 81.30—81.45 Schallplattenmusik; 81.45—82.00 Konzert; 82.00—82.15 Schallplattenmusik; 82.15—82.30 Konzert; 82.30—82.45 Schallplattenmusik; 82.45—83.00 Konzert; 83.00—83.15 Schallplattenmusik; 83.15—83.30 Konzert; 83.30—83.45 Schallplattenmusik; 83.45—84.00 Konzert; 84.00—84.15 Schallplattenmusik; 84.15—84.30 Konzert; 84.30—84.45 Schallplattenmusik; 84.45—85.00 Konzert; 85.00—85.15 Schallplattenmusik; 85.15—85.30 Konzert; 85.30—85.45 Schallplattenmusik; 85.45—86.00 Konzert; 86.00—86.15 Schallplattenmusik; 86.15—86.30 Konzert; 86.30—86.45 Schallplattenmusik; 86.45—87.00 Konzert; 87.00—87.15 Schallplattenmusik; 87.15—87.30 Konzert; 87.30—87.45 Schallplattenmusik; 87.45—88.00 Konzert; 88.00—88.15 Schallplattenmusik; 88.15—88.30 Konzert; 88.30—88.45 Schallplattenmusik; 88.45—89.00 Konzert; 89.00—89.15 Schallplattenmusik; 89.15—89.30 Konzert; 89.30—89.45 Schallplattenmusik; 89.45—90.00 Konzert; 90.00—90.15 Schallplattenmusik; 90.15—90.30 Konzert; 90.30—90.45 Schallplattenmusik; 90.45—91.00 Konzert; 91.00—91.15 Schallplattenmusik; 91.15—91.30 Konzert; 91.30—91.45 Schallplattenmusik; 91.45—92.00 Konzert; 92.00—92.15 Schallplattenmusik; 92.15—92.30 Konzert; 92.30—92.45 Schallplattenmusik; 92.45—93.00 Konzert; 93.00—93.15 Schallplattenmusik; 93.15—93.30 Konzert; 93.30—93.45 Schallplattenmusik; 93.45—94.00 Konzert; 94.00—94.15 Schallplattenmusik; 94.15—94.30 Konzert; 94.30—94.45 Schallplattenmusik; 94.45—95.00 Konzert; 95.00—95.15 Schallplattenmusik; 95.15—95.30 Konzert; 95.30—95.45 Schallplattenmusik; 95.45—96.00 Konzert; 96.00—96.15 Schallplattenmusik; 96.15—96.30 Konzert; 96.30—96.45 Schallplattenmusik; 96.45—97.00 Konzert; 97.00—97.15 Schallplattenmusik; 97.15—97.30 Konzert; 97.30—97.45 Schallplattenmusik; 97.45—98.00 Konzert; 98.00—98.15 Schallplattenmusik; 98.15—98.30 Konzert; 98.30—98.45 Schallplattenmusik; 98.45—99.00 Konzert; 99.00—99.15 Schallplattenmusik; 99.15—99.30 Konzert; 99.30—99.45 Schallplattenmusik; 99.45—100.00 Konzert; 100.00—100.15 Schallplattenmusik; 100.15—100.30 Konzert; 100.30—100.45 Schallplattenmusik; 100.45—101.00 Konzert; 101.00—101.15 Schallplattenmusik; 101.15—101.30 Konzert; 101.30—101.45 Schallplattenmusik; 101.45—102.00 Konzert; 102.00—102.15 Schallplattenmusik; 102.15—102.30 Konzert; 102.30—102.45 Schallplattenmusik; 102.45—103.00 Konzert; 103.00—103.15 Schallplattenmusik; 103.15—103.30 Konzert; 103.30—103.45 Schallplattenmusik; 103.45—104.00 Konzert; 104.00—104.15 Schallplattenmusik; 104.15—104.30 Konzert; 104.30—104.45 Schallplattenmusik; 104.45—105.00 Konzert; 105.00—105.15 Schallplattenmusik; 105.15—105.30 Konzert; 105.30—105.45 Schallplattenmusik; 105.45—106.00 Konzert; 106.00—106.15 Schallplattenmusik; 106.15—106.30 Konzert; 106.30—106.45 Schallplattenmusik; 106.45—107.00 Konzert; 107.00—107.15 Schallplattenmusik; 107.15—107.30 Konzert; 107.30—107.45 Schallplattenmusik; 107.45—108.00 Konzert; 108.00—108.15 Schallplattenmusik; 108.15—108.30 Konzert; 108.30—108.45 Schallplattenmusik; 108.45—109.00 Konzert; 109.00—109.15 Schallplattenmusik; 109.15—109.30 Konzert; 109.30—109.45 Schallplattenmusik; 109.45—110.00 Konzert; 110.00—110.15 Schallplattenmusik; 110.15—110.30 Konzert; 110.30—110.45 Schallplattenmusik; 110.45—111.00 Konzert; 111.00—111.15 Schallplattenmusik; 111.15—111.30 Konzert; 111.30—111.45 Schallplattenmusik; 111.45—112.00 Konzert; 112.00—112.15 Schallplattenmusik; 112.15—112.30 Konzert; 112.30—112.45 Schallplattenmusik; 112.45—113.00 Konzert; 113.00—113.15 Schallplattenmusik; 113.15—113.30 Konzert; 113.30—113.45 Schallplattenmusik; 113.45—114.00 Konzert; 114.00—114.15 Schallplattenmusik; 114.15—114.30 Konzert; 114.30

# Tagesneuigkeiten.

## Prag, die Stadt der Konfessionslosen.

Man hört immer davon, Wien sei die Stadt, in der es die meisten Konfessionslosen und die meisten Juden gäbe. Diese verbreitete Meinung ist in beiden Punkten falsch. Denn den größten Prozentsatz an Konfessionslosen hat Prag mit fast zwanzig Prozent, den größten Prozentsatz an Juden aber hat von den großen mitteleuropäischen Städten Budapest mit fast 22 Prozent seiner Einwohner.

Es ist interessant, die Religionsbewegung vor und nach dem Krieg zu beobachten. Das statistische Amt der Stadt Wien hat eine Aufstellung der Religionsverschiebungen von Wien, Budapest, Prag und Berlin gemacht. Aus diesen Tabellen ist zu entnehmen, daß Wien immer noch eine vorwiegend katholische, Budapest zur Hälfte eine katholische, zur anderen Hälfte eine evangelische und jüdische, Prag zur Hälfte eine katholische und zu einem Viertel eine konfessionslose und Berlin eine vorwiegend evangelische Einwohnerschaft hat.

Die stärkste Konfessionslosenbewegung findet man in Prag, das bei 670.000 Einwohnern rund 130.000 Konfessionslose zählt, ferner in Berlin, das bereits rund 300.000 Konfessionslose hat, endlich in Wien, das bis 1927 rund 70.000, heute aber bereits 120.000 Konfessionslose Einwohner aufweist.

Interessant ist auch die Bewegung beim israelitischen Glaubensbekenntnis. Den größten Prozentsatz an jüdischen Einwohnern hatte Budapest schon vor dem Krieg. Anzwischen ist die Zahl der Juden in Budapest aber noch um rund 5000 gestiegen, so daß Budapest unter seinen 960.000 Einwohnern 22 Prozent, das sind rund 210.000 Israeliten zählt. Wien hat einen viel kleineren Prozentsatz an Juden, nämlich nur rund zehn Prozent, Berlin hat mit 173.000 Juden rund 5 Prozent.

## Nächtlicher Kampf im Eisenbahntupee

Warschau, 30. September. In einem Personenzug, der auf der Strecke Lwintec-Warschau verkehrte, drang in der vergangenen Nacht ein Mann in ein Abteil erster Klasse ein, in dem ein Hauptmann des polnischen Generalstabes Kaly schlief. Der Eindringling, der mit einem Messer und einem Stein bewaffnet war, versuchte, den Hauptmann zu berauben. Der Hauptmann erwachte, und es entspann sich zwischen ihm und dem Banditen ein furchtbarer Kampf. Der Räuber verletzte seinem Gegner drei Leichter, doch gelang es dem Hauptmann schließlich, den Gegner zu überwinden und in dem Abteil einzuschließen. Der eingeschlossene sprang durch das Fenster aus dem Zug, geriet jedoch unter einen aus der entgegengesetzten Richtung kommenden Zug, der ihm einen Fuß und einen Arm abfuhr. Der Schwerverletzte wurde in ein Krankenhaus gebracht, wo er bald darauf seinen Verletzungen erlag. Der Hauptmann konnte nach Anlegung eines Rotverbandes seine Reise fortsetzen.

## Herrenlose Bomben.

### Explosionsunglücke in Smyrna.

Die Einwohner des Smyrnaer Villenborortes Burnabad wurden dieser Tage durch eine furchtbare Detonation in eine ungeheure Panik versetzt. In einem türkischen Hause war eine Sprengladung explodiert, so daß die Wand des Hauses eingestürzt wurde. Die Splitter des Geschosses waren weit auf die Straße geflogen. Wie später festgestellt wurde, hatte der Kleine Junge Mustafa des Hausbesitzers eine Bombe, die er in einem abgelegenen Winkel des Hauses gefunden hatte, in Unkenntnis ihrer Gefährlichkeit beim Spielen zur Explosion gebracht und selbst schwere Verletzungen erlitten.

Dieser Fall einer durch Leichtsinnigkeit oder Arglosigkeit verursachten Bombenexplosion in Smyrna steht keineswegs vereinzelt da. Erst vor kurzem haben sich in Smyrna zwei ähnliche Fälle ereignet. Ein anderer kleiner Junge fand im Kaminstein einer verkehrreichen Straße eine Bombe, die gleichfalls beim Spielen explodierte und den Jungen und mehrere seiner Spielgefährten schwer verletzte. Technisch erging es vier türkischen Arbeitern, die beim Basma-Haus-Bahnhof eine Handarabate auf der Straße fanden und sich den „Spaß“ machten, das Geschloß auf einen glühenden Feuerkörper zu legen. Die Granate explodierte und brachte allen vier gefährliche Verwundungen bei.

## Der „Bot“ als Gärtner.

Berlin, 30. September. Nach einer Meldung der BB am Mittag wurde gestern mittags in der Erziehungs- und Pflegeanstalt für Schwachsinnige „Dehala“ in Gladbach-Rheynisch eine 24-jährige Büroangestellte auf einem Sofa tot aufgefunden. Anfallsärzte nahmen nach der ersten Untersuchung als wahrscheinlichste Todesursache Vergiftung an. Weitere Leichen am Körper deuteten dann darauf hin, daß dem Tode ein schwerer Kampf vorausgegangen sein muß. Die eingehenden Ermittlungen hatten ein überraschendes Ergebnis. Der Anstaltsleiter Nieseling wurde unter dem Verdacht mit der Angestellten in unerlaubten Beziehungen gestanden zu haben, zunächst festgenommen, flüchtete dann aber und wurde erst abends

im Anstaltsgebäude in einem Versteck aufgefunden und von neuem verhaftet. Nieseling ist der Schwiegersohn des früheren Direktors und ohne die sonst übliche Vorbildung in seine Direktorstellung gelangt. Er hat zugegeben, daß er nicht nur zu der Anstaltsleiterin, sondern auch zu einer weiteren Angestellten intime Beziehungen hatte.

## Der Tornado wütet weiter.

Pensacola (Florida), 1. Oktober. Der vom Golf von Mexiko herankommende Wirbelsturm zog gestern am späten Nachmittag mit einer Stundengeschwindigkeit von 102 Meilen etwa 12 Meilen östlich von hier vorüber. Von Schiffen wurden nur verhältnismäßig wenige beschädigt, da alle größeren Fahrzeuge ausgelassen waren. Wie aus Panama (Florida) gemeldet wird, sind durch den Sturm die dortigen Hafenanlagen und zahlreiche Gebäude zerstört und der Telephon- und Bahnverkehr meilenweit unterbrochen worden.

Künstlerische Barbarei. Zur angenehmen Ueberraschung der Hörer hat gestern Radio Prag ein ausgezeichnetes Konzert der Wiener Philharmoniker unter der Leitung von Franz Schalk übertragen. Nach der Pause freute man sich, Beethovens Dritte Symphonie zu hören. Tatsächlich wurde auch der erste Satz gespielt, statt des zweiten erklingte aber die Stimme des Ansagers, welche verkündete, daß man nunmehr die Uebersetzung aus Wien abbrechen und ein Klavierkonzert senden werde. Daß man selbst die Barbarei empfand, welche in diesem unerwarteten Abbruch liegt, beweist der Umstand, daß der Ansager die selbsttragenden Hörer darauf vertritt, daß sie ja am Samstag unter Zemlinss Leitung die Eroica hören würden. Wir wollen mit diesen Bemerkungen keinesfalls der künstlerischen Höhe Professor Herrschmanns nahe treten, aber es ist selbstverständlich, daß das Herausreißen aus einer Empfindungssphäre in eine andere auch der Wirkung des ausgezeichneten Klavierkonzertes Abbruch tun mußte. Man wird noch Gelegenheit nehmen müssen, sich überhaupt einmal etwas ausführlicher mit der ganzen Art des tschechoslowakischen Rundfunks zu beschäftigen.

Der Goldfällfeder-König war's. Das Rätsel vom Königsee hat nunmehr seine Aufklärung gefunden. Wie die „Vossische Zeitung“ meldet, hat sich der Wiener Kaufmann Winkler, der sogenannte Goldfällfederkönig, im Wiener Polizeipräsidium gestellt und unumwunden zugegeben, daß er der geheimnisvolle Fremdling war, der in einem auf dem Königsee treibenden Rohw Mantel und Hut zusammen mit einem Brief zurückließ, der von einem Selbstmörder aus königlichem Geschlecht zu stammen schien. Winkler hat die Geschichte vom Königsee mit einer Art Begründung sein faubertlich auf 50 Seiten aufgezeichnet und den Behörden übergeben.

Brandkatastrophe. In dem polnischen Städtchen Slupia Nowa brach Montag früh ein Brand aus, der trotz sofortiger Löschungsaktion fast drei Viertel des Städtchens einäscherte. Einige Feuerwehrleute sowie mehrere Bewohner des Städtchens erlitten Brandverletzungen. Der Materialschaden ist sehr groß. — Das Dorf Rychnicko bei Bialystok wurde von einer Brandkatastrophe heimgesucht. Insgesamt sind 80 Wohnhäuser und die gesamten Wirtschaftsgebäude mit dem Ertrage der diesjährigen Ernte eingeeäschert worden. Der Schaden beträgt nach provisorischen Schätzungen 2,5 Millionen Flot. Während des Brandes kam eine 80-jährige Frau in den Flammen um.

Eine Brandstiftergesellschaft. Dem Untersuchungsrichter des Rotbuser Landgerichtes ist es zusammen mit Beamten der Berliner Kriminalpolizei gelungen, eine regelrechte Brandstiftersorganisation festzustellen, die in der letzten Zeit etwa 100 Feuer in Gehöften der Umgebung angelegt hat. Bei der Staatsanwaltschaft schweben zur Zeit Verfahren gegen 30 Personen aus dem Spreewaldgebiet. Mehrere von ihnen sind bereits festgenommen. Die Organisation der Brandstifter verfolgte in erster Linie den Zweck, die ihr angehörenden Besitzer, die auf ihren eigenen Höfen Brandstiftungen begingen, durch einen Alibibeweis zu decken. In zahlreichen Fällen haben nicht die Besitzer selbst, sondern Fremde den Brand gelegt. Ein junger Bursche aus der Umgebung von Rotbus war dafür bekannt, daß er für 50 Mark jederzeit bereit war, Feuer anzulegen. Weiter wurde ermittelt, daß auch ein Bauunternehmer seine Hand im Spiel hatte. Bei einigen Besitzern, die unter dem dringenden Verdacht der Brandstiftung festgenommen wurden, fand man wenige Tage nach dem Brande bereits die Baupläne für neue Gebäude.

Ein furchtbares Blutbad ist von einer albanischen Räuberbande auf der Landstraße bei Tpej im Sandtschal unweit der albanischen Grenze angerichtet worden. Die Bande überfiel eine Anzahl montenegrinischer Kolonisten, die sich dort niedergelassen hatten und meißelte acht von ihnen nieder. Bei den Leichen fand man einen Zettel mit den Worten: „Das ist die Rache für das Jahr 1912“. In diesem Jahre hatten zwischen albanischen und montenegrinischen Grenzstämmen Kämpfe stattgefunden, und die ermordeten Kolonisten waren sämtliche Mitglieder dieses montenegrinischen Stammes. Es sind sofort umfassende Nachforschungen nach der Bande eingeleitet worden.

Von Piraten entführt. Aus Schanghai wird gemeldet: Ein Offizier des norwegischen Dampfers „Botnia“ wurde von chinesischen Räubern verschleppt. Er wurde von chinesischen Truppen nach einem heftigen Kampfe, wobei es

auf beiden Seiten Tote gab, wieder befreit. Der Offizier erlitt einige ernste Verletzungen. Dem Kapitän des Schiffes „Botnia“, der zugleich entführt worden war, war es bereits früher gelungen, zu entfliehen.

Durch eine schwere Detonation wurde die Bevölkerung Darmstadts Dienstag nachmittags kurz vor 3 Uhr aufgeschreckt. In der Schraubenfabrik der Bahnbedarfs A.G. war eine Kohlenstaubexplosion eingetreten, die den Dachstuhl in Brand setzte. Infolge des starken Windes griff der Brand rasch auf die Schmiedehalle über, die kurz darauf ebenfalls in hellen Flammen stand. Vier Arbeiter wurden mit schweren Brandwunden ins Krankenhaus gebracht. Einer von ihnen ist seinen Verletzungen erlegen, während ein zweiter in äußerster Lebensgefahr schwebt.

Die letzten 23 Mann der Besatzung des im Golf von Mexiko gestrandeten dänischen Dampfers „Scandia“ wurden durch ein Kriegsschiff gerettet.

Standrecht gegen Raubmörder. „Times“ meldet aus New York, daß der Gouverneur des Staates Texas in der Stadt Borger das Standrecht ausgerufen ließ. In dieser Stadt sind in den letzten drei Jahren etwa 40 Raubmorde begangen worden, doch gelang es nur zwei Mörder festzunehmen.

Eine Rage als Brandstifterin. Dienstag vormittags brannte das Haus des Bäckermeisters Quaiser in Engelsberg bei Friedland nieder. Die Feuerwehr konnte nur ein Uebergreifen des Brandes auf die umliegenden Häuser verhindern, während das Objekt des Bäckermeisters vollständig niederbrannte. Der Schaden ist um so größer, da die gesamte nicht versicherte Heuernte verbrannte. Die Brandursache dürfte eine Rage gewesen sein, die in die Asche des Backofens fiel und dann brennend auf den Dachboden rannte.

Ein heute sehr geschätzter Lustspieldichter hatte mit seinem ersten Werke einen katastrophalen Durchfall erlebt. Wenige Tage später traf ihn ein Freund und fragte ihn: „Na, wie geht's?“ „Danke, ausgezeichnet. Ich habe ungeschicklich ein Möbelschänker geworden.“ „Was Sie nicht sagen! Was für Möbel verkaufen Sie denn?“ „Meine eigenen...“

Ein Denkmal für fremde Verdienste. Daß Sir Francis Drake, der von der Königin Elisabeth geduldet englische Seeheld und noch mehr Seeräuber, die Kartoffel nach Europa gebracht habe, ist eine schöne Legende. In keiner der zahlreichen Urkunden, in denen Drake erwähnt wird, ist auch nur ein Wortchen darüber zu finden. Trotzdem wurde ihm ein öffentliches Denkmal gesetzt, das eine ganz reizvolle Geschichte hat. Der Elässer Andreas Friedrich, sein Schöpfer, bot es für seinen Geld seiner Vaterstadt Straßburg an. Die Straßburger Bürger verzichteten aber dankend darauf, worüber Friedrich derart in Zorn geriet, daß er es für einen Spottpreis der badischen Stadt Offenburg anbot, mit der einzigen Bedingung, daß Drake, wenn er öffentlich aufgestellt würde, mit seinem Alterwertes nach Straßburg „Micken“ müsse. Jedenfalls sind die Offenburger den Straßburger nicht ganz grün gewesen, denn die Bedingung wurde widerspruchslos erfüllt. Die Straßburger werden wohl aber diesen Tort über größeren, schwereren Sorgen verwunden haben.

Was kostet ein Kubens? Das Schloßmuseum in Neu-Hardenberg, einem der vielen Güter des preussischen Staatskanzlers Hardenberg, enthielt neben vielem anderen auch ein Bild von Kubens, die „Adamiten“, auf dem eine Anzahl Frauen und Männer nach den Vorschriften ihrer Sekte gemeinsam badend dargestellt sind. Ueber den „Wert“ dieses Bildes erzählt Fontane in seinen „Wanderungen durch die Mark Brandenburg“: „Als im Jahre 1810 bei Uebernahme des Schlosses (durch einen Erben) auch die Bildergalerie gerichtlich taxiert wurde, hatte der Briezen er Altuarus dieses Bild wie folgt bezeichnet: „Nacht Weibsbilder von einem gewissen Kubens. 15 Sgr. (Silbergroschen).“ — Heute würde man wohl etwas mehr dafür anlegen.

Ein Massensterben von Pinguinen ist an der südafrikanischen Küste festzustellen. Die Vögel verenden zu Hundertausenden. Ihre ans Land gespülten Kadaver verpesten die Gegend in weitem Umfange. Die Ursache der Seuche ist noch unbekannt. Es besteht die Befürchtung, daß die Hauptbrutstätte der Pinguine an der Küste des Kapgebietes, Tassen Island, von der Epidemie gleichfalls erfaßt werden wird.

Zwei neue Kometen entdeckt. Fast zu gleicher Zeit wurden im August dieses Jahres zwei neue Kometen aufgefunden. Der eine wurde am 1. August von Forbes in Südafrika entdeckt. Seine Helligkeit entsprach der 11. Größenklasse. Sein Ort am Himmel befindet sich sehr südlich. Der andere Komet wurde am 2. August von G. Reujmin in Simeis aufgefunden. Er stand bei seiner Entdeckung im Sterngebilde des Wassermannes und war 14. Größe. Seine Bewegung ist südwärts gerichtet und seine Helligkeit nimmt langsam ab. Da die Entdeckungsmeldung des von Forbes entdeckten Kometen später einlief, erhielt dieser die Bezeichnung 1929 c, während der von Reujmin entdeckte mit 1929 b bezeichnet wurde.

Profolische Versprache. Der französische Dichter Lamotte, der im 18. Jahrhundert lebte, hatte ein Drama „Ines von Castro“ geschrieben, dessen Verse nach allgemeinem Urteil sehr schlecht waren. Dieser Lamotte sagte eines Tages zu Voltaire: „Ahr „Oedipus“ ist ein wundervolles Thema. Ich werde das Stück in Prosa übertragen.“ Worauf Voltaire zurückgab: „Tun Sie das, mein Vetter, und ich werde Ihre „Ines“ in Verse bringen.“

Der Parastifter in der Theaterloge. Bei der Aufführung der „Meisterlieder von Nürnberg“ hat sich am Montag im Wiener Operntheater ein aufsehenerregender Zwischenfall ereignet. In einer Parterrelloge hatte ein hiesiger Generaldirektor, der



**Warum plagen Sie sich noch**

mit Rumpeln und Reiben, wenn Sie mit RADION so einfach und bequem waschen können? Nämlich:

1. Über Nacht wie gewöhnlich einweichen.
2. Das RADION kalt auflösen, die Wäsche 20 Minuten auskochen.
3. Zuerst warm, dann kalt mehrmals gut schweifen.

Versuchen Sie es nur einmal und Sie werden sehen: Es gibt keine schönere Wäsche als mit



an Tabes leidet, so daß er an den Füßen gelähmt ist und in die Loge getragen werden mußte, in Begleitung seiner Gattin und einer Krankenschwester Platz genommen. Am Schlusse des ersten Aktes erregte er Aufsehen, weil er in lärmender Weise Beifall gollte, so daß das Publikum aufmerksam wurde. Im Verlaufe des zweiten Aktes begann er, an unpassenden Stellen laut zu lachen, und fürte so die Vorstellung. Der diensthabende Polizeibeamte ermahnte ihn zur Ruhe. Während des dritten Aktes begann er wieder ein überlautes Benehmen an den Tag zu legen, so daß das Publikum gegen ihn Stellung zu nehmen drohte. Der Polizeifunktionär veranlaßte schließlich, daß der Logenbesucher aus der Loge getragen werde. Hier wurde der lärmende Generaldirektor gewalttätig und verletzte seiner Pflegerin einen heftigen Faustschlag in das Gesicht, so daß der Polizeibeamte seine Entfernung aus dem Theater verfügte. Der Kranke wurde schließlich nach Hause gebracht.

## Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

Prager Produktenbörse. (Offizieller Bericht vom 1. Oktober.) Die heutige Produktenbörse wies am Getreidemarkt einen flauen Charakter auf. Das Angebot stand in keinem Verhältnis zur Nachfrage, was auf die Preisentwicklung nicht ohne Einfluß blieb. Von Mischgetreide schwächte sich Weizen um 1 K ab, obwohl in den amtlichen Notierungen kein Unterschied gegenüber den letzten Notierungen zu verzeichnen war. Roggen lag sichtlich flauer und verbilligte sich um 2 K. Einigenmaßen schwächer tendierte auch Hafer, doch brachten auch hier die amtlichen Notierungen keine Veränderungen. In Gerste stieß das Geschäft vollkommen, so daß die unveränderten Notierungen eher einen nominellen Charakter haben. Der Preisrückgang in Roggen spiegelte sich auch am Weizenmarkt wieder, wo Roggenmehl gleichfalls um 2 K nachgab. Mais blieb unverändert. Von den übrigen Getreidemais wäre hauptsächlich auf den Rückgang in amerikanischem Fett um 10 K und die Befestigung in Eiern um 2-3 K hinzuweisen. Die heutige Börse war ziemlich gut besucht. — Es notierten in K: Rotweizen böhm., 80-82 Kg. 176-180, gelber Weizen böhm., 75-77 Kg. 164-167, 78-79 Kilogr. 168-173, slowakischer Weizen, 78-80 Kg. 150-152, Roggen böhm., 69-72 Kg. 130-135, Gerste Ia 148-152, mittlere Gerste 143-147, Futtergerste 105-110, Hafer böhm. 122-127, rumän. Futtermais kleinfrüchtig 112-114, Futtermais La Plata 141-142, in Säcken 128-130, Weizenroggen 235-310, Weizenmehl OHH doppelgriffig 278-295, Weizenbackmehl O glatt 258-273, Nr. 1 218-233, Weizenbrotmehl Nr. 4 173-185, Futterweizenmehl Nr. 8 133-140, Roggenmehl O-I 225-228, I. 203-208, II. 152-163, Koggenfuttermehl 128-130, ungar. Grobmehl, Bratislava 310 bis 315, amerik. Patentmehl 370-375, Reis Burma II, Tettschen 60-270, Moulman, Tettschen 330-350, Bruchreis 240-250, Hirse böhm., 275-285, Graupen Nr. 10-6 215-240, Erbsen grün 310-340, gelb 220 bis 250, Biftoria 325-360, Linsen 625-700, Weißbohnen 240-320, Bohnschale 160-170. Sommerweizen 160 bis 170, Winterweizen 300-350, Naturroffee 1929 700 bis 800, Rotklee plomb. 1928 800-700, Rosenklee 1929 550-600, Raps 370-400, Senf 640-675, böhm. Moh'n blau 750-800, Moh'n silbergrau 260 bis 310, Leinsamen 650-670, Rummel böhm. 710 bis 730, weiße Speiselartoffeln, Verladest. 18-20, Speiselartoffeln gelbfleischig 22-24, Weizenklee 92 bis 95, Roggenklee 92-95, inländ. Rapsfuchen 167 bis 189, Leinfuchen 202-203, Arrachidenfuchen 192 bis 200, Industriemaisblüte 107-111, Futtermaisblüte 105-108, Heu böhm., sauer, ungepreßt, Prag 68-70, süß, ungepreßt, Prag 76-80, sauer, gepreßt, Prag 67-72, süß, gepreßt, Prag 78-82, Roggenstroh in Bündeln ungepreßt 45-47, Futterstroh gepreßt 37-39, ungepreßt 36-38, amerik. Fett, Tettschen 1260-1285, Eier, frische böhm. und mähr. franco Prag 53, orig. Slov. franco Prag 48-49, polnische franco tschl. Grenzft. 31-32.

Sozialistische Jugendorganisation, Prag.

Einladung

zu der Sonntag, den 6. d. M., im Lidový dům, Špbernská ul., anlässlich des Internationalen Jugendtages stattfindenden

Internationalen Kundgebung.

Deutsche und tschechische Referenten. Eintritt frei. Beginn halb 10 Uhr vormittags.

Wir hoffen, daß sich auch die Parteigenossen recht zahlreich einfinden werden.

Der Film.

Sozialer Tonfilm.

Zur Wiener Erstaufführung der „Weißen Schatten“.

In einem der Wiener Premierentinos ist nun das Orchester überdeckt, das Stimmen der Instrumente mischt sich hier nicht mehr in den Lärm, der dem Beginn der Vorstellung vorangeht, die Achter auf den Notenpulten jucken nicht mehr, wenn oben auf der Leinwand die Schatten ihren unheimlichen Tanz anheben. Diese Schatten brauchen den begleitenden Klang eines Orchesters nicht. Sie klingen selbst. Eine großartige Erfindung hat ihnen seltsame Stimmen verliehen, viele Stimmen, ewig wechselnde; den Ton musikalischer Instrumente, das Gewirr einer erregten Menschenmasse, das wehmütige Wehnen einer Totenklage, das ins Herz dringende Gellen eines verzweifelt Lachens. „Weiße Schatten“ sind es, die dort oben vorüberhüben; Schatten weißer Eindringlinge, die das sonnenhelle Paradies einer Südsseeinsel mit ihrer Hagler und ihren Lastern verdunkeln. Sie hungern nach Verlehen und schaden die Neger in den feuchten Tod der Tiefe; sie geben ihnen wertlosen Land für die mit Lebensgefahr herausgeholt schillernde Frucht der Muschel. Wundervolle Aufnahmen zeigen das Tauchen, den Kampf mit den Raubtieren der Untersee, das Hinausgleiten mit dem armen Korb, der die reiche Beute birgt. Der Kampf eines guten Menschen für die Freiheit dieser Inseln, für ihre Freiheit von Geldgier und Betrug, Alkohol und Peitsche, von der großen Verderbnis, die die Weißen „Zivilisation“ nennen, bleibt vergeblich. Der Kämpfer fällt, und die Trauer um ihn wird vom Lärm der Schnapshütten, vom Tanz der Bezechten und Betrogenen verdrängt.

Unter S. B. van Dykes Regie, mit der kindhaft-natürlichen Raquel Torres und dem ein wenig zu theatralischen Monte Blane in den Hauptrollen, ist hier ein aufrechter und sozial bedeutungsvoller Film entstanden, der auch als stummer Film zu dem Wertvollsten zu zählen gewesen wäre, das wir an filmischen Dokumenten über die Südssee, ihre Menschen, ihre Schicksal bisher besitzen. „Weiße Schatten“ aber sind ein Tonfilm. Man will es nicht glauben, daß der Film erst nachträglich synchronisiert wurde — zu einer so vollkommenen Einheit verschmelzen hier Bild und Ton. Die Schallplattenmusik mit ihrem dröhnenden, Hige und Qual der Tropen farbigen malenden Leitmotiv und ihren Gesangsstellen ist viel mehr als mechanischer Ersatz eines lebendigen Orchesters, sie ist ein wesentlicher Bestandteil der künstlerischen Gesamtentwicklung. Die Szene, in der auf einem hohen Baum, am Beispiel der zwitschernden Vögel, der Weiße das Negermädchen pfeifen lehrt, ist bereits berühmt worden. Einprägsamer noch als die respolle, über den ganzen Film ausgebreitete Liebeslyrik sind die Tanzszenen und die Totenklagen. Rhythmus des hörbaren Geschehens schließen sich in diesen Bildern zu unwiderstehlich zwingender Wirkung zusammen; alle Theorte über den Tonfilm wird hinfällig vor der mitreißenden zu Tränen erschütternden Eindrucksgewalt dieser Szenen. Die optischen Kontrastwirkungen, die der stumme Film erfand, werden hier durch akustische vertieft. In der Leiche seines Sohnes singt der Vater die Totenklage, ein paar Schritte weiter tollt der Tanz der Weißen und der betrunkenen Neger durch die Schwüle des Tropenabends. Ueber diese beiden kontrastierten Bild-, Klang- und Gefühlsstoffe legt der Film einen dritten, das Schicksal, fast schon gespenstige Lachen des weißen Krates, der vom Erb der Opfer zum Tanz der Schuldigen keine Brücke findet und in das Geschick der Verzweiflung stürzt. Hier ist, in den Anfängen des Tonfilms, schon eine Vollkommenheit des künstlerischen Ausdrucks, eine Reinheit der optisch-akustischen Mittel erreicht, die man dem Tonfilm erst als Ergebnis einer jahrzehntelangen Entwicklung prophezeit hat. Auch die Grenzen und Schwächen des Tonfilms zeigen sich in dieser Vorführung. Die schauerlichen Aufnahmen einer Kapelle, deren Mitglieder sich gegenseitig an grotesken Gliederverrenkungen und albernen Witzeln zu übertrumpfen suchen, gehören wohl ebenso einem Anfangsstadium des Tonfilms an wie die Tonbilder eines schwächigen Schlagers klöten den Nachfolgenden. Derartige fragliche Genüsse bleiben uns hoffentlich bald erspart; sie entsprechen den Tellerzertrümmerungsorgien der ersten stummen Filme. Was nicht so leicht lösbar scheint, ist die Frage der erst durch den Tonfilm fühlbar gewordenen Unplaisir des Filmbildes. Solange die Bewegungen der Körper stumm waren, empfanden wir nicht, daß wir eigentlich keine Körper, sondern nur deren Abbild auf einer Fläche sehen. Nun tönt diese Fläche. Die optische Erscheinung ließ sich schadenhaft darstellen, die akustische ist an den Raum gebunden. Die Geräusche, die plastische Körper im Raum hervorbringen, bringt ein Bild nur der Fläche hervor. Der Erfindung des Tonfilms wird die des

Sport \* Spiel \* Körperpflege Zum internationalen Arbeiterportkongreß.

Vom 12. bis 14. Oktober in Prag.

Die Gründung der Sozialistischen Arbeiter-Sport-Internationale erfolgte im Jahre 1913 gelegentlich eines Fußballkampfes von Arbeiterportlern Englands, Frankreichs und Belgiens, wo zum ersten Male durch die Tat das Bestreben der Arbeiter nach internationaler Zusammenarbeit auf dem Gebiete der Körperkultur sich kundgab. Zu diesen drei Verbänden gesellte sich später Deutschland. Der Krieg hielt die Entwicklung und die Tätigkeit der jungen Sportinternationale auf. Auf Anregung der romanischen Staaten tritt sie zwei Jahre nach Beendigung des Weltbrandes in Luzern (Schweiz) aber neuerdings zusammen, und nennt sich nach der Stadt ihrer Konstituierung nunmehr „Luzerner Internationale“. Dieser Titel wurde auf dem Kongreß in Helsingfors auf „Sozialistische Arbeiter-Sport-Internationale“ abgeändert. Zu den bisherigen vier Ländern meldeten sich hier als Mitglieder die Tschechoslowakei, die Schweiz und Finnland. Die Internationale trat mit einer Mitgliederzahl von ungefähr 300.000 Mitgliedern ins Leben.

In Luzern bekam die Internationale zuerst klarere Ziele, welche sich nicht nur auf die Pflege und Verbreitung von Körperübungen unter der arbeitenden Bevölkerung der ganzen Welt, besonders unter der jungen arbeitenden Generation, beschränken, sondern gleichzeitig, unter dem Eindruck der fürchtbaren Folgen des Weltkrieges, in ihr Programm auch die Propagierung des Friedens und der Eintracht zwischen allen Völkern aufnahm. Es muß hervorgehoben werden, daß in der ganzen Zeit, seit die Internationale besteht, die Eintracht und mustergültige Mitarbeit aller ihrer Mitglieder niemals gestört worden ist und daß auf internationalem Gebiete der Belgier mit dem Deutschen und Franzosen und der Tschechoslowake mit dem deutschen Angehörigen dieses Staates zusammenarbeiten. Ein weiterer Beweis dafür sind nicht nur die gemeinsamen Konferenzen und Kongresse, sondern auch die machtvollen internationalen Sport- und Turnfestlichkeiten, deren Zeuge wir in Prag, in Wien, in Leipzig, in Frankfurt am Main, Karlsbad usw. waren.

Zeit dem ersten Kongreß in Luzern ist die I.S.I. ständig gewachsen. Im Jahre 1920 verminderte sie nur 7 Verbände, heute zählt sie bereits 25 Verbände aus 18 europäischen Staaten und Nordamerika. Anfangs hatte sie nicht ganz eine halbe Million Mitglieder, heute fehlt ihr nicht mehr viel zu 2 Millionen. Im vergangenen Jahre hat sie allein 120.000 neue Mitglieder gewonnen. Die größte Mitgliederzahl haben die Verbände in Deutschland, in Österreich und in der Tschechoslowakei; die kleinste Anzahl, und zwar 400, im kleinen Estland. Für alle Verbände wird wöchentlich ein deutsches und französisches Bulletin herausgegeben und außerdem in der internationalen Sprache Esperanto nach 20 Staaten Europas und Amerikas verschickt.

Die organisatorische Leitung der Internationale liegt in den Händen des engeren Ausschusses, der Exekutivkomitee; der weitere Vollzugsausschuss ist das Internationale Büro.

Hauptsächlich dank den Bemühungen der tschechischen Arbeiter-Turnvereine und des russischer Verbandes wird in der Internationale eine neue Zektion für sozialistische Erziehung

des proletarischen Films folgen müssen, soll das Spiel der tönenden Schatten nicht für immer durch seine Raumlosigkeit unwirksam und unheimlich bleiben.

Fritz Rosenfeld.

Kunst und Wissen.

Ensemblegastspiel des Wiener Burgtheaters: „Die Frau in der Wölke“. Ein Ensemble prominenter Mitglieder des Wiener Burgtheaters wurde für Montag, den 7. ds. zu einem Gastspielabend im Neuen Theater gewonnen. Die Gäste bringen das neue lustige Stück von Rudolf Lothar und Alex. Lernet-Holenia: „Die Frau in der Wölke“ zur Prager Erstaufführung. Die Komität geht in der Originalbesetzung mit den Damen Rosa Albach-Reith und Hilde Wagener und den Herren Ulrich Veltar, Fred Hennings und Willy Thaller in Szene. Anfang 7 1/2 Uhr. (Abonn. ausgeh.)

Neueinstudierung: „Figaros Hochzeit“. Die erste Aufführung der angekündigten Neueinstudierung von Mozarts „Figaros Hochzeit“ unter musikalischer Leitung von Georg Szell, Regie Schindler, findet Mittwoch, den 9. ds. im Neuen Theater statt.

Nun auch noch Beethoven als Opernfigur! Wie dem „Neuen Wiener Journal“ aus Budapest berichtet wird, beabsichtigt der Direktor des Stadttheaters Geza Sebeshy, die Gestalt Beethovens auf die Bühne zu bringen. Mit der Herstellung der aus Beethovens Motiven zusammengestellten Partitur hat er den Komponisten und Kapellmeister Michael Rader betraut, während er den Text des Buches, das Beethoven als Opernhelden zeigen soll, von dem Budapestener Journalisten Karl Aristof schreiben läßt.

Neue Bach-Funde in Eisenach. In den musikalischen Kreisen Eisenachs, und weit darüber hinaus, erregt zurzeit eine interessante, der Deffentlichkeit bisher unbekannt Musikalienammlung Interesse. Es handelt sich dabei in erster Linie um über fünf-

der Mitglieder ins Leben gerufen. In dieser Zektion, die durch ihre Tätigkeit und ihren Wirkungsbereich dem Technischen Ausschuss gleichgestellt sein wird, ist die Tschechoslowakei durch sieben Mitglieder vertreten, und zwar in der Exekutive als auch im Internationalen Büro und im Technischen und Erziehungsausschuss. Das Sekretariat der Internationale befindet sich bekanntlich seit zwei Jahren in Prag.

Der 5. Kongreß der Internationale wird in den Tagen vom 12. bis 14. Oktober d. J. in Prag stattfinden. Zum ersten Male wird auf diesem Kongresse die Tätigkeit der Frau in der Arbeiter-Sportbewegung behandelt werden. Diese Frage ist vor zwei Jahren auf dem Kongreß in Helsingfors akut und durch das Anwachsen der weiblichen Mitgliederzahl in allen Verbänden der Internationale auch sehr aktuell geworden; heute zählen die Frauensektionen bereits 401.000 Mitglieder. In Prag soll nun der Grund zu einer Organisation und zu einer weiteren Verbreitung des weiblichen Sportes in den breiten Volksschichten gelegt werden. Das Referat zu diesem Punkte wurde der Tschechoslowakei, und zwar dem Verband der tschechischen Arbeiter-Turnvereine, zugewiesen.

Ein wichtiger Punkt der Verhandlungen bildet auch die Frage des internationalen Gesundheitsdienstes, dessen Ziel die Verwirklichung regelmäßiger Beratungen und ärztlicher Untersuchungen der Wettkämpfer der einzelnen Verbände ist. Berichterstatter zu diesem Punkte wird der Sportarzt Dr. Michaelis (Leipzig) sein, einen zweiten Arzt stellt der russische Turn- und Sportverband. Der Kongreß wird ferner die technischen, finanziellen und organisatorischen Vorbereitungen zum 2. Internationalen Arbeiter-Olympia gutheißen, welches im Jahre 1931 in Wien stattfindet. Schließlich wird auf dem Kongresse definitiv über die Richtlinien der sozialistischen Erziehung entschieden und die Organisation der Erziehungsektion der Internationale beschlossen werden.

Die Teilnahme der Delegierten an Kongresse, zu dem Berichte in deutscher, französischer und tschechischer Sprache und in Esperanto herausgegeben werden, wird ziemlich groß sein und rechnet man mit einem Besuche von 80 bis 100 Personen.

Der Verband der tschechischen Arbeiter-Turnvereine und die Mitglieder des Prager deutschen Arbeiter-Turn- und Sportvereines (Aussiger Verband), welche die Organisation des Kongresses besorgen, bemühen sich, daß die Delegierten während ihres Aufenthalts in Prag den angenehmsten Eindruck erhalten. Gemeinsam mit den Mitgliedern des Prager deutschen Arbeiter-Turnvereines wird eine Turnakademie veranstaltet werden. Es wird auch dafür Sorge getragen werden daß die Kongreßteilnehmer nicht nur die Schönheit Prags, sondern auch dessen soziale Einrichtungen kennen lernen. Es ist unser Wunsch, daß der Prager Kongreß seine große Kulturverbundenheit erfüllt, die von allen Mitgliedern der Internationale erwartet wird, und daß er nicht nur eine Stärkung der Arbeiter-Turn- und Sportbewegung in allen Ländern bedeute, sondern auch eine gerechte Würdigung und Einschätzung seiner großen Arbeit für den neuen Menschen, für ein besseres Leben der ganzen Menschheit.

R. S.

Deutsche sozialdemokratische Wahlkanzlei in Prag.

Die Wahlkanzlei der deutschen sozialdemokratischen Parteiorganisation in Prag befindet sich im Verein deutscher Arbeiter, Smekch 27.

gierung des Marxismus eine Bücherreihe heraus von denen das erste Buchlein eine Sammlung geschichtsphilosophischer Skizzen von Friedrich Engels enthält, die meist Briefen von Engels an jüngere Freunde entnommen sind und gesammelt nicht einmal in deutscher Sprache existieren. Der rühmige und kenntnisreiche Genosse Alf Stolz, einer der verdienstvollsten Propagandisten des Marxismus in der Tschechoslowakei, hat sie gesammelt und damit neuerlich den Beweis seiner gründlichen Kenntnis der sozialistischen Literatur erbracht. Das zweite in dieser Sammlung erschienene Werk, das bedeutsame Buch des Genossen Cecháček werden wir noch eingehend würdigen. C. St.

Aus der Partei.

Ausweis

für den Monat September 1929.

Die erste Zahl bedeutet Parteifonds, die eingeklammerte Zentralwahlenfonds:

Bodenbach 4000 K (1000 K), Brunn 80 Kronen (20 K), Karlsbad 8000 K (2000 K), Landskron 240 K (60 K), Ries 1880 K (470 Kronen), Prag 247 K (60 K), Sternberg 2200 K (530 K), Trautenau 1200 K (300 K), Troppau 2800 K (700 K).

Deutsche sozialdemokratische Bezirksorganisation Prag. Heute, Mittwoch, 2. Oktober, um 8 Uhr abends im Gewerkschaftshaus (Ra Pershy) Bezirksleitungssitzung. Bestimmtes und pünktliches Erscheinen aller Teilnahmeberechtigten wird erwartet. Separate Einladungen ergehen nicht.

Jugendbewegung.

Sozialistische Jugend, Prag, Donnerstag, den 3. d. M. beteiligen wir uns an dem Vortragsabend des Zentralverbandes im „Krenzel“, Kefazanka. Thema: „Was fordern die Angestellten von der neuen Nationalversammlung“. Referent Genosse Dr. Strauß. Beginn 8 Uhr. — Freitag, den 4. d. M. findet im „Monopol“ die Generalversammlung des Arbeiter-Turnvereines statt. Alle Mitglieder haben sich bestimmt zu beteiligen. — Sonntag, den 6. d. M. Internationale Kundgebung. Siehe die besondere Anzeige.

Bereinsnachrichten.

Deutscher Arbeiter-Turn- und Sportverein Prag

Ordentliche Generalversammlung am Freitag, den 4. Oktober, 8 Uhr abends im Hotel Monopol (gegenüber Masarykbahnhof), Wintergarten, mit folgender Tagesordnung: 1. Verlesung des Protokolls der letzten Generalversammlung. 2. Berichte der Funktionäre. 3. Vortrag des Turngenossen Dr. Lamp über „Arbeiterport und Volksgesundheit“. 4. Unser weiteres Arbeitsprogramm (Werbeaktion, Winterarbeit, Turnfahrten). 5. Neuwahl der Vereinsleitung. 6. Allgemeines. Angesichts der wichtigen Tagesordnung pünktliches und vollzähliges Erscheinen der Mitglieder erwünscht.

Ausschließung. Donnerstag, den 3. Oktober, nach der Turnstunde, 9 Uhr abends, im Restaurant „Pragovar“, Ra Florence.

Herausgeber: Dr. Ludwig Gsch. Chefredakteur: Wilhelm Richter. Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß. Druck: Kola H. G. für Setzung und Buchdruck, Prag für den Druck verantwortlich: Otto H. G. Die Zeitungswartenfrankatur wurde von der Post- u. Telegraphenverwaltung mit Urteil Nr. 127 651/VI/27 am 14. Mai 1927 bewilligt.

Allen Genossen und Genossinnen empfehlen sich zur Herstellung sämtlicher Drucksorten Nordböhmisches Druck- u. Verlags-Anstalt Gärtner & Co., Bodenbach a. E. G. m. b. H. Großbuchdrucker, Stereotypie, Buchbinder, neueste Satz- und Gießmaschinen mit einer Tagesleistung von 50.000 Buchstaben, Rotationsmaschinen mit einer Tagesproduktion von 250.000 Zeilen, Fernsprecher Nr. 271. Postsparkassa Nr. 127 663.

Literatur.

Friedrich Engels: A. Klotzki dejin. Verlag Vojvodinstvo (Prag I., Alice Karoliny Světlé 17). Prag 1929. Eine kleine, aber rühmige Gemeinde tschechischer Marxisten, die für die in ihrem Volke bisher zu wenig gewürdigten und zu wenig verstandenen Theorien von Marx und Engels in Wort und Schrift eintritt, gibt zum Zwecke der Propa-